

STICH

10. JAHRGANG

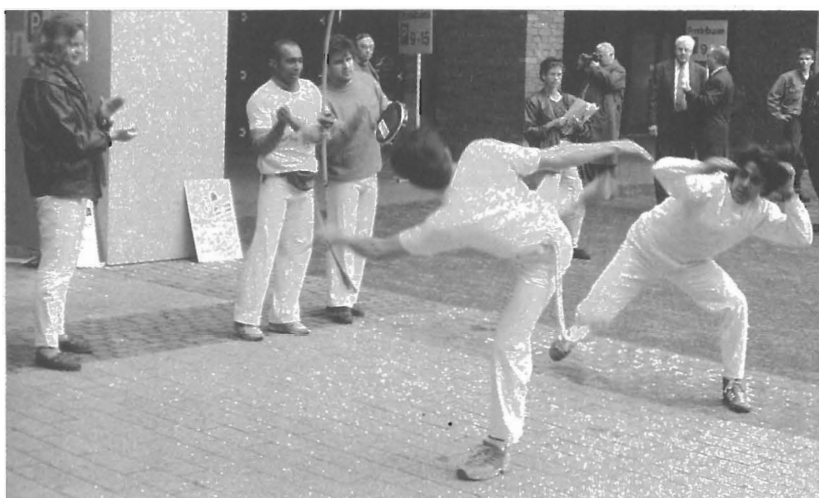
2-92

Juni 1992

4

SCHWERPUNKT:

BAYER-Hauptversammlung
Goodbye Strenger, hallo Schneider



10

BAYER in Südafrika:

Interview mit dem Anwalt Howard Varney über den Kampf der
CHROME-CHEMICALS-Arbeiter für Entschädigungen

12

BAYER-Produkte:

ANILIN - Der Stoff, der aus dem Abfall kommt

19

BAYER-Altlasten:

Am Beispiel Döhrenau und Bitterfeld

21

BAYER in Peru:

Verkäufe und Entlassungen - Arbeiter vor ungewisser Zukunft

WORT...

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern.

Forum Recht

Rechtspolitisches
Magazin für Uni und
soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark



Heft 1/1992
Schwerpunkt:
Neue

Kriminal(isierungs)politik
Das Gespenst der organi-
sierten Kriminalität
Bonner Drogenpolitik weiter
in der Sackgasse
Waffenexporte und Verbots-
normen

Weitere Themen:
Strafrechtliche Abwicklung
des SED-Apparates
§ 218: Neues aus Bonn
und Karlsruhe

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG
VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
☎ (0521) 6 76 96

STICHWORT... INHALT

SCHWERPUNKT

● BAYER-Hauptversammlung
1992
Berichte, Redeauszüge, Forde-
rungen der Kritischen Aktionä-
rinnen

SEITE 4 - 9

BERICHTE

● Interview mit dem Rechts-
vertreter der CHROME-CHEMI-
CALS-Arbeiter in Südafrika

SEITE 10 - 11



Der BAYER-Anwalt muß sich
nach der Niederlage vor dem
Kölnner Gericht den Fragen der
Presse stellen.
Foto: P. Schauff

● ANILIN - Der Stoff, der aus
dem Abfall kommt

SEITE 12

● Weiter im Prozeß BAYER
contra COORDINATION

● Die Großen Drei in der Che-
mie und ihr Umgang mit Dar-
ten- und Verfassungsschutz

SEITE 17

● Neues vom BAYER-
Pharma-Geschäft

● Zur Chemie-Enquete-Kom-
mission des Bundestages

SEITE 18

● BAYER auf der Anklage-
bank wg. Altlast Dhünnaue/
BAYER und die Altlasten von
Bitterfeld

SEITE 19

● Schönfärberei bei
Tierversuchen

SEITE 20

● BAYER in Peru: Verkäufe
und Entlassungen - Arbeiter
vor ungewisser Zukunft

SEITE 21

● Wird die IG Chemie wort-
brüchig?

SEITE 23

SCHLAGLICHTER

SEITE 14 - 16

Zum Titelfoto:
Brasilianer tanzen Capoeira,
den Widerstandstanz, den afri-
kanische Sklaven in Brasilien
eingeführt haben. Der Tanz
vor der HV ist Symbol des Wi-
derstandes gegen die Ausbeu-
tung der »Dritten Welt« und
der Zerstörung des Planeten
durch BAYER.
Foto: H. Ostendorf

STICHWORT... IMPRESSUM

Redaktionsschluß für diese Ausgabe: 10.05.1992

STICHWORT... - Die anderen Infor-
mationen zu einem multinationalen Che-
miekonzern. 10. Jahrgang, Ausgabe
2/92, Juni 1992
Postvertriebsstück F 10848 F
Herausgeber: Coordination gegen
BAYER-Gefahren e.V. (CBG), Aktiv für
mehr Umweltschutz und sichere Arbeits-
plätze bei BAYER - weltweit, Hofstr.
27a, 5650 Solingen 11
CBG ist ein internationales Selbsthilfe-
Netzwerk, das vom multinationalen
BAYER-Konzern Betroffene und an die-
sem Konzern Interessierte zusammen-
schließt und die Tätigkeit dieses Multis kri-
tisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die
von BAYER ausgehenden Gefahren für
Mensch und Umwelt bekannt zu machen,
einzudämmen und möglichst ganz abzu-
stellen. ● Je ein Exemplar von **STICH-
WORT...** wird dem Vorstand der BAYER
AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 50900 Leve-
rku- sen, übersandt. LeserInnen haben somit
die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bi-
ten, zur bestimmten in **STICHWORT...** be-
handelten Themen Stellung zu beziehen.
Redaktion: Hubert Ostendorf (ho)
(V.i.S.d.P.) ; Henry Matthews (hm); Ruth
Sauerwein (rs); Ellen Frings (ef); Dieter
Gremmler (dg); Regine Günther (rg);
allerc/o CBG, Jägerstraße 78,

4000 Düsseldorf, 02 11-229 3631,
FAX nach Absprache
Bankverbindungen: Okobank Frankfurt,
Konto Nr. 1796 12 BLZ 50090100;
Postgiroamt Essen, Konto Nr.
31 85 83-439 BLZ 360 10043
Verlag: Eigenverlag
Vertrieb: Coordination gegen BAYER-
Gefahren, Jägerstr. 78,
4000 Düsseldorf 1
Layout: Steffen Schaubert, Krefeld
Satz: TEXTLINE, Oberursel
Druck: DIE GRÜNEN, Bonn
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste
vom 01.01.1990. Austauschanzeigen
bitte der Redaktion anbieten.
Erscheinungsweise: **STICHWORT** er-
scheint in mindestens fünf Ausgaben pro
Kalenderjahr.
Bezugspreise: Einzelheft 8,00 DM;
Abonnement 48,00 DM pro Jahr; Mit-
glieder der CBG erhalten **STICHWORT**
im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.
Nachdruck: Der Nachdruck von Artikeln
aus **STICHWORT...** ist ausdrücklich er-
wünscht. Bitte Quellen angeben und zwei
Belegexemplare übersenden!
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift
STICHWORT... bleibt so lange Eigentum
des Absenders, bis sie dem/der Gefange-
nen persönlich ausgehändigt worden ist.

Zur Habe-Nahme ist keine persönliche
Ausföndigung im Sinne dieses Eigen-
tumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift
dem/der Gefangenen nicht persönlich
ausgehändigt, ist sie dem Absender un-
ter Angabe des Grundes der Nichtaus-
händigung unverzüglich zurückzusen-
den. ● Haftung: Namentlich oder als
»Dokument« gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion oder des Herausgebers wie-
der. Für namentlich gekennzeichnete
Beiträge besteht ausschließliche Auto-
renhaftung selbst. ● Für unverfälscht einge-
sandte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen.
Rechtlich geschützte Warenzeichen wer-
den in **STICHWORT...** ohne gesonde-
ren Hinweis genannt. Hieraus ist nicht auf
die freie Verwendbarkeit der Markenna-
men zu schließen.

BAYER

Zur Aufnahme in den postsparenden
Postbezugsdienst hat die Deutsche Dis-
tanzpost zur Auflage gemacht, den Fir-
menamen »BAYER« aus dem Titel die-
ser Zeitschrift zu streichen. Trotzdem ent-
hält **STICHWORT...** heute die gleichen
Informationen wie früher: **STICHWORT**
BAYER.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe von STICHWORT BAYER ist die Aktionärsversammlung, die am 29. April in Köln stattfand.

»BAYER – ein Kreuz erobert die Welt« heißt das diesjährige Kampagnenmotto der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG). Die CBG schließt sich damit den bundesweiten Aktivitäten zum Thema »Conquista« an – 500 Jahre Kolonialisierung, an denen BAYER seit fast 130 Jahren beteiligt ist. Auf der Hauptversammlung thematisierten die Kritischen BAYER-AktionärInnen in diesem Sinne die Geschäftspolitik von BAYER in Peru und die Arbeitsschutzmißstände bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Südafrika. Welche Rolle kann die inzwischen schon so traditionsreiche Aktionsform der Kritischen BAYER-AktionärInnen noch spielen? Stehen doch die Zeiten im Zeichen der »chemiepolitischen Verständigung«. VertreterInnen der Industrie und der Umweltverbände sitzen sich an immer neuen runden Tischen gegenüber. »Mediation« ist die Wortschöpfung der Industrie für das Bestreben nach konsensualer Zusammenführung kontroverser Positionen. Der scheidende BAYER-Vorstandschef Hermann Josef Strenger rühmte in der Rede zum abgelaufenen Geschäftsjahr seinen Konzern wegen dessen Offenheit für Umweltgruppen. Doch wer die diesjährige BAYER-Hauptversammlung miterlebt hat, wird sich eher in die Frühzeit der Umweltdiskussion zurückversetzt gefühlt haben. Von der Vorstandstribüne aus



Ellen Frings, Mitglied der Projektgruppe Kritische BAYER-AktionärInnen und Vorstandsmitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.

wurde gezielt Gegenstimmung geschürt und Macht demonstriert. Durch Abstellen der Mikrophone und abkatzende, oberlehrerhafte Bemerkungen wurden Reden unterbrochen. BAYER-treue AktionärInnen wandten sich »spontan« gegen die Kritischen BAYER-AktionärInnen. Mit kultiviertem Widerwillen in der Stimme hielt Noch-Konzernchef Strenger ein flammendes Plädoyer gegen einen Gegenantrag der Kritischen BAYER-AktionärInnen zum Thema »BAYER in Bitterfeld« (mehr dazu auf SEITE 17). Unter dem Applaus der meisten AktionärInnen bezeichnete er die Kritik am »Engagement von BAYER« in den neuen Bundesländern als »schlichtweg beschämend angesichts der derzeitigen Situation«. Er verschwieg, daß der Gegen-

antrag nicht das Engagement des Konzerns kritisierte, sondern die Tatsache, daß einer der größten und reichsten Chemie-Konzerne der Bundesrepublik für über 100 Millionen DM knappe öffentliche Fördergelder für den Bau einer Kläranlage einsackt – und für den Fall, daß diese Anlage nicht rechtzeitig genehmigt wird, mit der Einleitung ungeklärter Abwässer in den Vorfluter droht. Fair ist eine solche Verfälschung der Argumentation zum Zweck der Disreditierung nicht. Ein anderes Beispiel: Eigens aus Südafrika reiste ein Mitarbeiter des arbeitsmedizinischen Institutes der Universität Natal in Durban an, der Arzt Marc Colvin. Er wollte Fragen an den Konzern stellen. Marc Colvin untersucht seit einigen Jahren ArbeiterInnen der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS, die produktionsbedingt unter schwersten Gesundheitsschäden leiden. Hermann Josef Strenger wußte sich nicht anders zu verhalten, als den erschütternden Bericht schlichtweg als unwahr abzutun. (Wir dokumentieren Marc Colvins Rede in dieser Ausgabe.) Die BAYER-Hauptversammlung zeigt, daß mit der vielbeschworenen Bereitschaft zu Auseinandersetzung und Dialog gern kokettiert, aber nicht Ernst gemacht wird. Wirklich neue Wege für einen anderen Umgang zwischen KritikerInnen und der chemischen Industrie scheinen – leider – noch durch allzu viele Hindernisse versperrt.

Ellen Frings

BAYER

Goodbye Strenger, hello Schneider

Mit 16 Gegenanträgen und 10 Redebeiträgen trübten kritische BAYER-AktionärInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN und anderer Organisationen die im Zeichen »konsequenter Konsolidierung« stehende Hochstimmung auf der Aktionärshauptversammlung am 29. April 1992. Sichtlich nervös und gereizt reagierten der Versammlungsleiter, Prof. Dr. Herbert Grünewald, sowie der scheidende, Vorstandsvorsitzende Strenger, auf die Forderungen der KonzernkritikerInnen.

Vor den Toren der Kölner Messehallen bereits konnten die in Massen anreisenden BesucherInnen erfahren, worum es den KritikerInnen ging. Ein riesiges Transparent forderte auf: »Stimmen Sie gegen die Zerstörung unserer Erde. Stimmen Sie mit Nein!« Der alljährliche Aufruf, von Mitgliedern der COORDINATION freigiebig verteilt (Beilage in SWB 1/92), klärte im Vorfeld über die Bandbreite kritischer Themen auf: Tierversuche, Gentechnik, Pharma-Politik, Ausbeutung der »Dritten Welt« und vieles mehr. Eine Capoeira-Gruppe, die einen gleichnamigen brasilianischen »Tanz« unter der Begleitung mehrerer rhythmischer Instrumente vorführte, wurde zum attraktiven Blickfang der alternativen Aktionen vor dem Eingang der Messehalle, die von den TierversuchgegnernInnen NW, der Kölner Umweltgruppe KRISTALL sowie diversen in- und ausländischen Gästen unterstützt wurden. Während die Massen nach und nach in die Halle drängten, trafen die RednerInnen und Gäste der COORDINATION ein. Eine Gruppe von JapanerInnen etwa informierte sich über die für sie bis dato unbekannte kritische Aktionärsaktivität.

In seiner Einführungsrede verbreitete Strenger zunächst verhaltenen Optimismus. Der Chemieriesen BAYER

befinde sich nach wie vor im leichten Aufwind. Durch ungewöhnliche Zuwächse im Pharma-Sektor habe der Konzernumsatz 1991 immerhin noch um 1,8 % auf 42,4 Mrd. Mark gesteigert werden können. Allerdings sei der offiziell in der Bilanz ausgewiesene Ertrag vor Steuern mit 3,2 Mrd. Mark um 4,8 % rückläufig. Grund ge-



Ein Mitglied der japanischen Delegation. Foto: Ostendorf

nug, für Strenger, vor den über 21 Tausend angereisten AktionärInnen – ein neuerlicher Rekord – vor »neuen Umweltabgaben« zu warnen. »Unsere internationale Konkurrenzfähigkeit ist dadurch ernsthaft bedroht,« sagte er. Während gleichzeitig aberausende von Würstchen und Schnitzchen verzehrt wurden, Kaffee und Cola gleich hektoliterweise flossen, hielt Strenger eine Mahnrede auf die deutsche Umweltpolitik und beklagte den »überproportionalen Anstieg der Umweltschutzkosten, der in keinem sinnvollen Verhältnis zu den erreichten Fortschritten steht«. Deshalb forderte Strenger »eine andere Umweltpolitik« und verurteilte nicht zuletzt »die vielfältigen Hemmnisse und Verzögerungen, die es in unserem Land bei der Einführung neuer Technologien gibt«. Er verwies in diesem Zusam-

menhang auf die Genrechnik und die »allgemein viel zu langen Genehmigungsfristen für neue Anlagen oder Produkte«. Trotz der angeblich verschlechterten Rahmenbedingungen steht der BAYER-Konzern mit einer Eigenkapitalquote von 44,2 % und einer auf 1,7 Mrd. Mark gesunkenen Nettoverschuldung wirtschaftlich alles andere als schlecht da. Deshalb auch fällt die Dividende mit 13 Mark pro Aktie gegenüber dem Vorjahr unverändert hoch aus. Der Gegenantrag auf Kürzung der Dividende erhielt entsprechend der von BAYER ausgezahlten Stimmkanon lediglich 0,1 % der Stimmen (33'767 Stimmen) gegenüber 98,13 % Zustimmung zur Konzernlinie (31'777'632 Stimmen).

Die geforderte Kürzung der Dividende um 10 Mark sollte der Wiedergutmachung angerichteter ökologischer und gesundheitlicher Schäden zugute kommen. Darauf bestehen die KritikerInnen, die mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr alles andere als zufrieden sind. Mit ihren Gegenreden konfrontierten sie bereits zum elften Mal die Herren in Vorstand und Aufsichtsrat mit der schmutzigen Seite der BAYER-Hochglanz-Bilanz.

Das grüne Bundesvorstandsmitglied Friedrich Heilmann etwa geißelte das mangelnde Engagement des Unternehmens in den neuen Bundesländern. In Bitterfeld picke der Konzern sich lediglich die Filenstücke heraus, während er gleichzeitig erhöhte Umweltkosten des verseuchten Standortes weitgehend auf das Land abwälze. Auch vom Dauerbrenner, der bundesweit in die Schlagzeilen geratenen ehemaligen BAYER-Deponie auf der Leverkusener Dhümaue, war die Rede. BAYER sollte nach jahrelanger Hinhalte-Taktik nun endlich ausreichende Maßnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen ergreifen. Immerhin laufen aktuell, nachdem Lehrer und Schüler einer angrenzenden Schule vermehrt an Krebs leiden, staatsan-

waltliche Ermittlungen gegen die Verantwortlichen von BAYER.

Zum heimlichen Höhepunkt der kritischen Gegenreden avanciert der Auftritt des Arztes Dr. Marc Colvin, der eigens aus Südafrika angereist ist, um auf die »katastrophalen Zustände« bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Durban hinzuweisen. Er durfte seine Rede allerdings nicht in englischer Sprache vortragen. Prof. Grünwald hatte darauf bestanden, daß ausschließlich die Übersetzung vorgelesen werden durfte. »Die Amtssprache hier ist deutsch«. So berichtete die Übersetzerin und Geschäftsführerin der COORDINATION, Regine Günther, daß viele der ehemals Beschäftigten inzwischen an Lungenkrebs gestorben sind. Im Geschäftsjahr litten 34 % der CHROME-ArbeiterInnen an Löhnen in den Nasenscheidewänden. Dies geht aus einem unterneh-

mensinternen Bericht hervor. Trotz dieser Erkenntnisse weigert sich die BAYER-Tochter, ausreichende Vorkehrungen zum Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz zu treffen.

Die Stimmung während der Gegenreden war auf Seiten der Versammlungsleitung oft deutlich angeheizt. Hatte man noch im vergangenen Jahr darauf gesetzt, die KritikerInnen nicht zu unterbrechen, mangelte es diesmal an der notwendigen Selbstkontrolle der Herren Grünwald und Strenger. Immer wieder wurden RednerInnen unterbrochen und ermahnt (siehe Kasten), selbstgeschriebene Jubelreden mit zum Teil maßgeschneiderten »Gegenargumenten« rechtzeitig verfaßt und zu Wort gerufen. Die meisten kritischen Redebeiträge wurden, wie in den Jahren zuvor, durch extrem lange Antworten Strengers auf die ersten Re-

den, auf die Zeit nach Redaktionsschluß bei den meisten Zeitungen hinausgezögert. Umso kürzer die Antworten auf die unbequemen Reden, die sich zum größten Teil nicht auf die vorgetragenen, zum Teil aufwendig recherchierten Fakten bezogen haben. Beinahe stereotyp glaubte Strenger, auf Verleumdungen oder »besonders aus den Fugen geratene Reden« nicht eingehen zu müssen.

Die Vorhaltungen der KritikerInnen werden Herrn Strenger auch künftig nicht erspart bleiben. Zwar hat er nach zwei Amtsperioden das Zepter turnusgemäß an seinen Nachfolger, den Vorstandskollegen Dr. Manfred Schneider, übergeben. Doch wird er als zukünftiger Aufsichtsratsvorsitzender auch weiterhin mit den Beiträgen der Kritischen rechnen müssen. ● ho



»Brauch' ich nicht weiter zu kommentieren«

Im Namen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN redeten die nachfolgend aufgelisteten kritischen AktionärInnen. Wichtige Zwischenreden des Versammlungsleiters Prof. Dr. Grünewald sowie die Antworten des scheidenden Vorstandsvorsitzenden Hermann Josef Strenger haben wir mitstenografiert. Hier eine kleine Übersicht über Reden und Gegenreden:

Dr. Marc Colvin, Arzt an der arbeitsmedizinischen Abteilung der University of Natal in Durban, Südafrika. Er sprach über die Folgen der Nichtbeachtung des Umwelt- und Arbeitsschutzes für die Arbeiter bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS:

»Das allergrößte gesundheitliche Problem, das durch Chrom verursacht wird, ist Lungenkrebs. Bis heute haben wir acht Todesfälle unter den ehemaligen Arbeitern zurückverfolgen können, die an Lungenkrebs starben. Aber wir vermuten, daß es sich nur um einen Bruchteil der tatsächlichen Fälle handelt.«

Hermann Josef Strenger: Die Anschuldigungen müssen wir »nachdrücklich zurückweisen. Die Erkrankungen bedauern wir sehr.« Sie seien aber in der Zeit entstanden, als CHROME CHEMICALS noch nicht zu BAYER gehörte und seien nach der Übernahme durch BAYER »drastisch zurückgegangen«.

Lisa-Maria Schütt, Tierversuchsgegner Nordrhein-Westfalen. Sie führte an zahlreichen Beispielen an, daß Tierversuche auf Menschen nur bedingt übertragbar sind:

»Die Giftigkeitstests an Tieren, abgesehen von den unsäglichen Qualen, sehen so aus: 32 Prozent der Giftigkeitssymptome, die bei Ratte und Hund auftraten, waren beim Menschen nicht zu beobachten. 26 Prozent, die sich beim Hund zeigten, kamen auch beim Menschen vor, nicht

aber bei der Ratte. Nur sieben Prozent der bei der Ratte auftretenden Symptome registrierte man auch beim Menschen, waren aber beim Hund nicht feststellbar.«

Hermann Josef Strenger: »Erschütternd, wie Sie hier mit Fakten umgehen!«



Friedrich Heilmann,
Bundesvorstand DIE GRÜNEN.
Foto: P. Schauff

Friedrich Heilmann, Bundesvorstand DIE GRÜNEN. Er sprach über die BAYER-Investitionen in Bitterfeld:

»Im vorigen Jahr hatte ich hier gefragt, ob BAYER die Filetstücke aus der ostdeutschen Chemie-Industrie rausschneiden will. Inzwischen ist die Antwort da: Ja, eindeutig ja. Nur ist zu meiner Überraschung das Filetstück nicht eine Industrieanlage, sondern ein Stück unberührte Natur.«

Hermann Josef Strenger: Die Investitionen in Bitterfeld seien vom Gesetzgeber gewollt. Sie würden rein aus Verantwortung für die neuen Bundesländer geschehen. »Wir hätten in Deutschland keinen neuen Chemiestandort gebraucht.«

Professor Dr. Sigmar Groeneveld vom Lehr- und Forschungsbereich Agrarberatung und Agrarkultur der Universität Kassel in Witzenhausen. Er hinterfragte die BAYER-Ideologie:

»Die Gentechnik ist für BAYER eine unverzichtbare Methode und Schlüsseltechnologie. Das bedeutet: BAYER bejaht die gentechnische Labor-Manipulation von Pflanzen, Tieren und wohl letztlich auch des Menschen.«

Hermann Josef Strenger: Der Beitrag ähnele einer Vorlesung. Fragen seien nicht gestellt worden. »Das brauche ich nicht weiter zu kommentieren.«

Friedel Geisler, Vertreterin verschiedener Umweltgruppen aus dem kirchlichen Raum. Sie sprach an, daß BAYER in den Ländern der sog. Dritten Welt Pestizide vertreibt, ohne auf deren Gefährlichkeit hinzuweisen.

»In den entlegensten Winkeln, zum Beispiel im einzigen Lebensmittellädchen des Goldsucherstädtchens Eldorado, das mitten im Dschungel von Venezuela liegt, fand ich das ganze Regal voll mit BAYGON. Die Pictogramme weisen die Gebraucher an, auf alles zu sprühen, was sich an Kleinlebewesen in der Hütte bewegt. Kein Pictogramm aber weist auf die Gesundheitsgefahren hin. Besprühte Lebensmittel werden ungeschützt genossen. Kinder sind ungeschützt. Es gibt keinerlei bildhaften Hinweis auf die Toxizität des Präparates.«

Hermann Josef Strenger: »Es sind keine neuen Argumente vorgebracht worden. Fragen haben Sie nicht gestellt. Sie sind etwas losgeworden. Deshalb brauche ich nicht darauf einzugehen.«

Hubert Ostendorf von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN beschäftigte sich mit Gefahren von BAYER-Medikamenten.

»Die BAYER-Tochter TROPON hat erneut ein Präparat aus der Gruppe der sog. Kalziumantagonisten mit Na-



Axel Köhler-Schura im Gespräch mit der Presse auf der BAYER-HV '92.
Foto: P. Schauff

men NIMOTOP 5 (Wirkstoff: Nimodipin) herausgebracht, dessen therapeutischer Fortschritt gegenüber anderen Substanzen dieser Stoffgruppe nicht nachgewiesen werden kann. NIMOTOP 5 soll die zerebrale Leistungsfähigkeit des vornehmlich alten Menschen verbessern, führt aber in der Praxis vor allem zu erheblichen Kostensteigerungen bei den Krankenkassen.“

Hermann Josef Strenger: „Ihnen geht es gar nicht darum, Fragen zu stellen. Wo finden Sie schon mal ein Auditorium, wo Sie Ihre Rhetorik los werden können.“

Ellen Frings, COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, trug Anträge peruanischer Kolleginnen aus den beiden BAYER-Werken BAYER INDUSTRIAL und BAYER PERU vor. BAYER will beide Werke dicht machen und hinterläßt gesundheitlich angeschlagene Arbeiter sowie verseuchten Boden. Im Namen der peruanischen Beschäftigten forderte sie klare Auskünfte über das BAYER-Engagement in Peru.

Dokumentation erhältlich

Alle Redebeiträge und Gegenanträge sind als Dokumentation für DM 10,-, zzgl. DM 3,- für Porto und Verpackung, erhältlich. Bestellungen bei: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, Postfach 15 02 34, 4000 Düsseldorf. Bitte Verrechnungsscheck beilegen.

»Hat Herr Strenger bereits vergessen, daß er vor nicht allzu langer Zeit im Hinblick auf Peru versicherte: BAYER ist nicht irgendein Unternehmen, das verschwindet, wenn die Zeiten schwierig sind?«

Hermann Josef Strenger: »Auf Ihre Unterstellungen werde ich nicht eingehen.... Wir haben vor, weiterhin in Peru zu bleiben, allerdings angepaßt an die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.«

Axel Köhler-Schnura von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zog unter anderem eine »Leistungs«bilanz des scheidenden Vorstandsvorsitzenden Strenger und seines Vorgängers Prof. Grünewald.

»Sie erinnern sich doch noch an die Hauptversammlung 1984, als Ihnen ein von Ihren Produkten verseuchter Aktionär eine Probe seines Blutes überreichte. Mal abgesehen davon, daß Sie sich nicht entblödeten, auf der Hauptversammlung 1985 zu behaupten, die Probe wäre manipuliert und 1991 gegenüber dem WALL-STREET JOURNAL gar Ochsenblut daraus machen, wird genau acht Jahre später in Frankfurt der dazugehörige Strafprozeß eröffnet.«

Prof. Grünewald zu Aussagen zur Verstrickung des BAYER-Konzerns in Verbrechen der IG FARBEN: »Das ist eine Lüge... Ich bitte Sie um Sachlichkeit, sonst stelle ich Ihnen das Mikrophon ab.«

Hermann Josef Strenger: »Wenn Sie glauben, mich heute provozieren zu können, dann haben Sie sich getäuscht. Wir entragen Sie. Aber ich meine auch - ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube -, daß wir auf Sie verzichten können.«

Dr. Jürgen Schacht, Rechtsanwalt aus Hamburg. Er schildert die verheerenden Folgen der BAYER-Allergiemittel ALPARA und ALLPYRAL.

»Patienten wird mit diesen Mitteln verflüssigter Hausstaub gespritzt. Dieses führt nach ganz gesicherten medizinischen Erkenntnissen dazu, daß die behandelten Patienten gegen viele in den Präparaten enthaltene Stoffe allergisch werden, gegen die sie nie zuvor allergisch waren. Das hat bereits Unglück über mir bekannte Familien gebracht.«

Hermann Josef Strenger Von den in der Rede genannten 22 Todesfällen wisse er nichts. ALLPYROL sei ein nützliches und von den Ärzten gefragtes Präparat. »Ich sehe keinen Grund, daß wir diesen Stoff nicht herstellen und vertreiben sollten.« ●



Brillant, brillant,
die Hauptversammlungen...
Foto: P. Schauff

Unsere Forderungen

- * Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat
- * Kürzung der Dividende von 13 auf 10 DM
- * Wiedergutmachung aller angerichteten Schäden
- * Umbau des BAYER-Konzerns in ein ökologisch verträgliches Unternehmen.

Das Abstimmungsergebnis ist mit ca. 98,2 Prozent Ja-Stimmen des anwesenden Kapitals erwartungsgemäß zugunsten der Vorschläge der Unternehmensleitung ausgefallen. Aufgrund des Depot-Stimmrechts - auf einzelne Stimmkarten können je nach Aktienbesitz mehrere tausend Stimmen entfallen - ist die Auszählung der Stimmen nicht kontrollierbar.

Die CHROME-CHEMICALS-Arbeiter müssen entschädigt werden!

Dr. Marc Colvin, Arzt an der arbeitsmedizinischen Abteilung der University of Natal in Durban, war extra aus Südafrika angereist, um den AktionärInnen zu berichten, welche berufsbedingten Krankheiten die Arbeiter der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS erleiden. Wir drucken die Rede leicht gekürzt ab.

Ich bin heute hier, um Ihnen von arbeitsbedingten Krankheiten bei CHROME CHEMICALS zu berichten. Die Fabrik liegt bei Durban und produziert Chrom-Verbindungen. Diese Chromate wirken ätzend auf die Haut sowie andere Gewebe, und es ist allgemein bekannt, daß sie Lungenkrebs erzeugen. Der größte Teil der Produktion bei CHROME CHEMICALS wurde im Geschäftsjahr 1991 eingestellt.

Wie werksinternen Berichten zu entnehmen ist, litten 1991 34 Prozent der 129 ehemaligen Arbeiter an Nasenscheidewandperforation, das heißt Löchern in der Nasenscheidewand. Bevor Löcher in der Nasenscheidewand entstehen, bilden sich Geschwüre. Wenn die Arbeiter dann nicht sofort an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden, sondern weiter der extrem hohen Konzentration von Chromstaub ausgesetzt bleiben, frißt sich das Geschwür durch die Membrane und den Knorpel in der Nase. Die Mehrzahl der betroffenen Arbeiter hat solch große Löcher in der Nase, daß sie ihren Finger in das eine Nasenloch einführen und zum anderen wieder herausstecken können. Viele von ihnen leiden an Nasenschmerzen, Nasenbluten, laufendem Schleim, dem Gefühl einer verstopften Nase und pfeifenden Geräuschen bei jedem Atemzug. In manchen Fällen bricht die Nase vollständig ein, da durch das riesige Loch der notwendige Halt fehlt.

Obwohl die BAYER-Werksärzte diese gesundheitlichen Probleme feststellten und aufzeichneten, teilten sie den Arbeitern nichts über die Anfän-



Dr. Marc Colvin, Südafrika,
und Regine Günther, CGB,
auf der BAYER-HV '92
Foto: H. Ostendorf

ge ihrer Krankheit mit. Es wurden keine Schritte unternommen, um die kranken Arbeiter an andere Arbeitsplätze zu versetzen. Genausowenig beantragte der untersuchende Werksarzt eine Entschädigung für diese Arbeiter. Zudem mußten sie sowohl ihre Medikamente als auch die ärztliche Behandlung außerhalb des Werkes aus eigener Tasche bezahlen.

Das allergrößte gesundheitliche Problem, das durch Chrom verursacht wird, ist Lungenkrebs – die große Mehrzahl der Patienten stirbt daran. Bis heute haben wir acht Todesfälle unter den ehemaligen Arbeitern zurückverfolgen können, die an Lungenkrebs starben – aber wir vermuten, daß es sich dabei nur um einen Bruchteil der tatsächlichen Fälle handelt. Die Arbeiter, die noch während ihrer Tätigkeit für BAYER erkrankten, wurden entlassen; nach ihrem Tod er-

hielt keiner der Angehörigen je Entschädigung.

Die Geschäftsleitung von CHROME CHEMICALS weigert sich hartnäckig, Informationen über die Chromstaubkonzentration in der Luft vorzulegen oder über andere gesundheitsgefährdende Bedingungen. Trotzdem wissen wir, daß die Chromstaubkonzentration enorm hoch ist. Die Arbeiter berichten, daß sie teilweise nur wenige Meter weit sehen konnten, weil die Staubwolken so dicht waren. Wenn ein Arbeiter ein Stockwerk höher entlang ging, fiel den darunter arbeitenden Menschen Chromstaub in die Overallts und auf den Kopf. Dieser Chromstaub löste sich von dem Metallgitter, das die Stockwerke voneinander trennt.

Besorgnis erregten die überaus gefährlichen Arbeitsbedingungen bei CHROME CHEMICALS nicht erst 1991. Zeitungen berichteten schon 1973, daß die Gewerkschaft wegen Gesundheitsproblemen bei CHROME CHEMICALS alarmiert war. Unglücklicherweise geschah so gut wie nichts bis 1989, als Gewerkschafter mit Witwen von verstorbenen CHROME-CHE-

MICALS-Arbeitern zu mir in die Klinik kamen. Sie waren sehr besorgt, weil immer wieder Arbeiter krank wurden, daraufhin entlassen wurden und kurz darauf starben. Es gelang mir, die Krankengeschichten von drei dieser Arbeiter bei den Krankenhäusern einzusehen. Alle drei waren an Lungenkrebs gestorben. Keinem dieser Arbeiter, auch keiner ihrer Familien, war mitgeteilt worden, daß die Chrombelastung am Arbeitsplatz mit großer Wahrscheinlichkeit die Lungentumore verursacht hatte. Keine der hinterbliebenen Familien erhielt eine Entschädigung.

Nach einem Fernsehbericht über die Probleme bei CHROME CHEMICALS erhielt ich eine Anzahl von Telefonanrufen von Witwen und Familien von weißen Arbeitern, die bei CHROME CHEMICALS gearbeitet hatten. Obwohl die weiße Belegschaft sehr klein war – ungefähr 25 Beschäftigte – wissen wir von mindestens fünf Arbeitern, die an Lungenkrebs gestorben sind. In der Tat, meine Damen und Herren, alle weißen Arbeiter, die lange bei der BAYER-Tochter gearbeitet haben, sind entweder tot oder quälen sich mit schweren Lungenleiden. Wir wissen nur vom Schicksal der weißen Belegschaft Genaueres, weil Weiße in Südafrika einen besseren Zugang zu Fernsehen und Presse haben als Schwarze und sich deshalb an uns wenden konnten. Wir befürchten stark, daß viele schwarze Arbeiter zurück in ihre ländlichen Gegenden gegangen sind – den sogenannten Homelands – und dort ohne ärztliche Versorgung dahinsiechen oder an Krebs gestorben sind.

Die Arbeiter, die entlassen wurden, haben ein schweres Schicksal. Sie können keine anderen Arbeitsplätze bekommen, weil sie – krank wie sie sind – von keinem anderen Arbeitgeber eingestellt werden. Arbeitslosengeld gibt es in Südafrika nur für maximal sechs Monate. Viele Arbeiter haben deshalb zur Zeit kein Einkommen. Gleichzeitig müssen sie aber die Ausgaben für ihre ärztliche Behandlung selber bezahlen.

Es gibt keine Entschädigungen für die Familien von Arbeitern, die an Lungenkrebs gestorben sind, weil in Südafrika Lungenkrebs nicht als Berufskrankheit in der Chromproduktion anerkannt ist. Ich nehme an, Sie wis-

sen, daß in Deutschland Lungenkrebs schon seit 1936 als Berufskrankheit anerkannt ist. Bisher hat erst ein südafrikanischer Arbeiter so etwas wie eine Entschädigung für seine durchlöcherichte Nasenscheidewand erhalten. Er erhielt einmalig die lächerliche Summe von 208 Rand – umgerechnet 125 DM – , was noch nicht einmal zwei Monate lang die Kosten seiner Kortisonbehandlung deckt. Seit 20 Jahren ist dieser Mann in ärztlicher Behandlung wegen durch Chrom verursachtem Asthma.

Ich stelle folgende Forderungen an BAYER:

1. Ich fordere BAYER auf, die Verantwortung für diese Gesundheitsschäden voll zu übernehmen.
2. Ich fordere BAYER auf, einen Fonds einzurichten. Mit Mitteln aus diesem Fonds müssen die ehemaligen Arbeiter ausfindig gemacht werden, um diese medizinisch zu untersuchen. Aus dem Fonds sollen außerdem angemessene Entschädigungen gezahlt werden an chromerkrankte Arbeiter oder an die Familien derjenigen Arbeiter, die an Chrom gestorben sind.
3. Ich fordere BAYER auf, dieselben Arbeitsschutzmaßnahmen und dieselbe Umwelttechnologie in Südafrika einzusetzen wie in Deutschland.
4. Zum Schluß fordere ich BAYER auf, eine vollständige Umweltstudie über die CHROME-CHEMICALS-Müllhalde zu finanzieren. Die von einer solchen Studie geforderten Umweltmaßnahmen sollte BAYER unverzüglich in die Tat umsetzen. ●



LATIN AMERICA BUREAU LONDON

Englischsprachige Bücher zu
Lateinamerika

COLUMBUS

HIS ENTERPRISE



A revealing account of a man and his motives

Die kritische Darstellung eines Mannes, der vor 500 Jahren das Kunststück fertiggebracht haben soll, einen bereits lange bewohnten Kontinent zu "entdecken":
H. Koning: *Columbus. His Enterprise*, 1991, 140S., DM 17,80.

Wie aus Manuel Noriega, dem wichtigsten Agenten der CIA in Zentralamerika, der von den USA am meisten gesuchte Kriminelle wurde:
J. Weeks: *Panama. Made in USA*, 1990, 100S., DM 14,50.

Die Darstellung der Erfolge und Probleme einer Revolution unter Blockade:
J. Stubbs: *Cuba. The Test of Time*, 1989, 144S., DM 17,80.

Eine Reise durch die Welt der Straßenkinder Brasiliens:
G. Dimenstein: *Brazil. War On Children*, 1991, 88S., DM 17,80.

Vertrieb und Gesamtkatalog:
Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 694 61 00

»Es wird einen Kampf mit BAYER vor Gericht geben«

Interview mit Howard Varney aus Südafrika über den Stand der Verfahren der CHROME CHEMICALS-Arbeiter.
Von Ruth Sauerwein

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hatte Besuch aus Südafrika: Howard Varney, Anwalt des LEGAL RESOURCES CENTRE in Durban. Das CENTRE vertritt unter anderem die Interessen der Arbeiter von CHROME CHEMICALS, einer hundertprozentigen BAYER-Tochter. Über die skandalösen Umwelt- und Arbeitsschutzverstöße in diesem Betrieb hatte STICHWORT BAYER schon in der Ausgabe 3/91 berichtet. Howard Varney, der mehrere europäische Länder besuchte, traf während seines Aufenthalts in Deutschland unter anderem auch mit VertreterInnen der GRÜNEN-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen und mit oppositionellen BAYER-BetriebsrätInnen der »Durchschaubaren« zusammen. STICHWORT BAYER führte folgendes Gespräch mit Howard Varney:

SWB: Wie ist die aktuelle Situation der Arbeiter in Durban?

Howard Varney: Nun, die aktuelle Situation ist die, daß CHROME CHEMICALS die Hauptabteilung des Betriebs geschlossen hat. Das war die Abteilung, in der Natriumdichromat hergestellt wurde. 216 Arbeiter sind dabei entlassen worden. Heute sind nur noch 40 Arbeiter in dem Betrieb beschäftigt und zwar mit der Produktion von Chromgerbsalzen. Die Gewerkschaft steht in einem Arbeitskampf mit BAYER, um für die entlassenen Arbeiter vernünftige Abfindungen zu erreichen. Mein Büro, das LEGAL RE-

SOURCES CENTRE, setzt sich für die Arbeiter ein, die während ihrer Arbeit bei BAYER Gesundheitsschäden davongetragen haben, weil sie Chrom-Sträube, vor allem das hochtoxische Chrom VI, eingeatmet haben. Wir vertreten auch die Interessen der Familien von den Arbeitern, die infolge solcher Erkrankungen gestorben sind. Das Einatmen von Chrom-Staub führt im schlimmsten Fall zu Krebserkrankungen, und vier oder fünf Arbeiter sind bereits an Krebs gestorben. Unser CENTRE hat Zivilklage erhoben mit dem Ziel, daß die erkrankten Arbeiter Entschädigungen für ihre Leiden erhalten. Die Arbeiter leiden an Perforationen der Nasensecheidewand, an Tuberkulose und Lungenkrebs, auch an schlimmen allergischen Hautausschlägen und den Folgen von Verätzungen. Wir wollen erreichen, daß die Arbeiter und ihre Familien Unterhalt bekommen; ebenso die Familien der Verstorbenen. Wir bereiten gerade die Gerichtsverfahren vor, und es wird vor dem Gerichtshof einen Kampf geben zwischen den Arbeitern und den BAYER-Vertretern.

SWB: Welchen Standpunkt nimmt BAYER in der ganzen Sache ein?

Howard Varney: Ich nehme an, daß die Konzernvertreter irgendwann im Laufe des Verfahrens ein Angebot machen werden, und die Arbeiter müssen dann entscheiden, ob dieses Angebot ausreichend ist. Aber bisher ist mir nichts von einem akzeptablen Angebot bekannt. Und ich glaube, ohne Gerichtsverfahren werden wir auch kein anständiges Angebot erreichen.

SWB: Wie ist die Lage der Gewerkschaften in Südafrika?

Howard Varney: Ich denke, daß die Gewerkschaften eine ganz wichtige Rolle in Südafrika spielen. Heute haben sie bereits großes Gewicht auf der politischen Szene. Sie repräsentie-

ren einen Großteil der schwarzen Arbeitskräfte. Sie nutzen ihren Einfluß, um verschiedene politische Kräfte in Südafrika zusammenzuführen. Und sie wenden sich mit konkreten Vorschlägen direkt an die Regierung in allen Fragen, die die Wirtschaftspolitik und die Arbeitswelt angehen. In diesem Jahr gibt es zum Beispiel zwischen Regierung und Gewerkschaften eine große Auseinandersetzung um die Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Die Regierung will zwar einen politischen Reformprozeß, will zugleich aber absichern, daß die Mehrheit des Volkes weiterhin von Mitbestimmung und Verfügungsgewalt über die Ökonomie ausgeschlossen bleibt. Darum wird es noch eine große Auseinandersetzung geben.

SWB: Kannst Du noch etwas zu Deiner Person und dem CENTRE sagen?

Howard Varney: Nun, ich bin Anwalt beim LEGAL RESOURCES CENTRE und 31 Jahre alt. Das CENTRE ist ein unabhängiges Anwaltsbüro. Wir vertreten Klienten vor Gericht wie alle anderen Anwaltsbüros auch, aber wir nehmen nur besondere, ausgewählte Fälle an, weil wir kein Geld für unsere Arbeit nehmen. Wir arbeiten ausschließlich für Leute, die die Anwaltsgebühren nicht aufbringen können. Da wir so wenige Rechtsanwältinnen bei uns im CENTRE sind, können wir nur wichtige Fälle übernehmen, die ganze Gemeinschaften oder Townships betreffen, in jedem Fall eine größere Gruppe von Menschen. Wir versuchen, Präzedenzfälle zu setzen. Wir greifen Fälle auf, mit denen wir testen können, wie weit das Recht zur Zeit greift und wo wir die Grenzen erweitern können. Wir handeln in allen Fragen, die Landbesitz betreffen oder Mietprobleme. In den Slums gibt es da ganz große Mißstände. Und wir befassen uns auch mit Problemen aus der Arbeitswelt. Wobei wir nicht im Auf-

trag der Gewerkschaften handeln, sondern immer im Auftrag von Einzelpersonen. Eine wichtige Aufgabe für unser CENTRE ist die Frage der Gewalt in Südafrika, eine sehr schlimme Sache. Wir beobachten die Sicherheitskräfte, erarbeiten Berichte, stellen Fakten zusammen, gehen an die Öffentlichkeit. Wir versuchen zu erreichen, daß die Sicherheitskräfte als neutrale Macht auftreten, was sehr schwierig ist. Das sind mit unsere Schwerpunktaufgaben.

Tuberkulose, Krebs, Ekzeme

Der COORDINATION liegt ein Filmdokument vor, das die Zustände bei CHROME CHEMICALS dokumentiert. Der Film entstand in Zusammenarbeit mit Dr. Marc Colvin, der in der Arbeitsmedizinischen Abteilung der Universität von Natal arbeitet. Er stellt im Rahmen einer Zufallsstichprobe fest, daß 76 Prozent der untersuchten Arbeiter an chrombedingten Erkrankungen litten. Im Film kommen Arbeiter zu Wort, die an durchlöchernten Nasenscheidewänden leiden, an zerstörten Lungen durch Tuberkulose oder

Krebs, Arbeiter zeigen zerfressene Hautpartien und Ekzeme an Armen und Beinen.

Das Firmenmanagement leugnet jede Gesundheitsgefährdung und gibt den Arbeitern die Schuld: Sie würden die Atemmasken nicht bei der Arbeit tragen. Die Arbeiter führen an, daß die Atemmasken von schlechter Qualität sind, daß es unmöglich ist, sie bei Ofenhitze zu tragen, weil sie dann vom Schweiß verklebt sind. Zudem haben die Arbeiter in Südafrika erfahren, daß es in den deutschen BAYER-Werken bei vergleichbarer Produktion nicht nötig ist, mit Masken zu arbeiten: Die Produktion erfolgt hier staubfrei. Warum nicht in Südafrika?

BAYER hat im Jahre 1974 CHROME CHEMICALS als 100prozentige Tochter übernommen. Die Manager behaupten unter anderem auch, daß die Erkrankungen in der Zeit vor der Übernahme durch BAYER verursacht wurden. Aber der Videofilm zeigt ganz klar, daß auch heute unter BAYER-Regie Umwelt- und Arbeitsschutz klein geschrieben werden. Im übrigen gehört BAYER zu den 320 bundesdeutschen Firmen, die über tiefste Apartheidzeiten hinweg in Süd-

afrika produzierten und Geschäfte machten.

Dr. Colvin hat BAYER auf der Hauptversammlung scharf attackiert: »Der Konzern stiehlt sich eiskalt aus der Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern in Südafrika!« (siehe auch SCHWERPUNKT-Thema dieser Ausgabe) ●

O-TON

Die Arbeitnehmervertreter der »Chemical Workers Industrial Union« (CWIU) in Durban sind nicht nur sauer auf CHROME CHEMICALS, eine Tochter der südafrikanischen BAYER AG, sie fühlen sich auch von der IG Chemie enttäuscht. Mohamed Motala, der zuständige Gewerkschaftssekretär in Durban: »In Deutschland ist das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Betrieb anders als hier.« Motala meint, die Mitbestimmung und die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat der BAYER AG sei eine Erklärung für mangelnde Unterstützung in einer Auseinandersetzung mit CHROME CHEMICALS.

Aus einem Artikel von Willi Germond in der taz unter der Überschrift: »Gute Geschäfte trotz Apartheid« ●

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung

☐ 4 Wochen für 30,- DM

☐ 8 Wochen für 60,- DM

Auslandsporto (Europa) zzgl. 10,- /monat!

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und
senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

ANILIN – der Stoff, der aus dem Abfall stammt

Anilin ist eine Produktlinie im Brunsbütteler BAYER-Werk. Erst im vergangenen Jahr wurde eine neue Produktionsanlage mit einer Kapazität von 45 000 Tonnen pro Jahr in Betrieb genommen. Die giftige, ölige und übelriechende Flüssigkeit ist eines der wichtigsten Zwischenprodukte in der organischen aromatischen Chemie. Die Geschichte des Anilins spiegelt zahlreiche zeitgeschichtliche Entwicklungen und Ereignisse wider.

Entdeckt wurde die Verbindung im Jahr 1826 von O. Unverdorben in dem wohl bekanntesten blauen Naturfarbstoff: dem Indigo. 30 Jahre später gelang es dem Engländer William H. Perkin, Anilin auf synthetischem Wege herzustellen. Ausgangssubstanz war der Steinkohleteer. Dieses löstige Abfallprodukt aus der Kohleverwertung fiel mit dem steigenden Koksverbrauch für die aufblühende Industrie in bedrohlichem Umfang an und drängte zu neuen Verwertungsmöglichkeiten. Anilin wurde zum Grundstein der Teerfarbenindustrie. Bereits hier zeichnete sich ab, was später ein wesentlicher Grundzug der chemischen Industrie werden sollte: Der zwangsläufige Anfall von Neben- und Abfallprodukten sowie das Bestreben, diese kostengünstig zu entsorgen, führen zur Ausdehnung des Produktspektrums und lösen neue Entwicklungen aus.

Anilin stand Pate bei der BAYER-Gründung

Eine besondere Bedeutung besitzt das Anilin für den BAYER-Konzern. Denn der Stoff war der eigentliche Auslöser zur Gründung der BAYER AG, damals noch die Offene Handelsgesellschaft »Friedrich BAYER & Co.«. Der Wuppertaler Farbenhändler Friedrich Bayer griff die Entdeckung von Perkin auf. Gemeinsam mit dem Färber Jo-

hann Friedrich Westkott köchelte er so lange Teermischungen auf dem heimischen Herd, bis ihm die Synthese des ersten Farbstoffes gelungen war. Eiligst wurde am 1. August 1863 in Barmen der Betrieb gegründet. Bereits im gleichen Jahr beschäftigte Bayer 12 Arbeiter. Im Jahr 1868 erwarb er in Elberfeld ein weiteres Grundstück für eine neue Farbenfabrik.

Wurde das Anilin zu Beginn seiner Geschichte ausschließlich als Grundstoff für die Farbenindustrie eingesetzt, fanden die Chemiker in der folgenden Zeit zahlreiche weitere Verwendungsmöglichkeiten. Häufig beruhten die Entdeckungen auf blinden Zufällen und willkürlichen Experimenten. Dies gilt auch für die Entwicklung vieler chemotherapeutischer Präparate aus Farbstoffen, von denen manche noch heute einen festen Platz auf dem Arzneimittelmarkt behaupten. Dazu zählt auch BAYER's Tausendsassa ASPIRIN. Zu den bedeutendsten Arzneimitteln auf Anilin-Basis zählen die Sulfonamide. Sie wirken gegen verschiedene Bakterienarten. Obwohl die medizinale Anwendung der Sulfonamide, die in höheren Dosen das Blutbild stark schädigen, in der Vergangenheit nicht selten zu Vergiftungen bei den PatientInnen führte, gelten sie noch heute als wichtigste Gruppe antibakterieller Präparate.

Während der Weltkriege kam dem Anilin eine neue Bedeutung zu. Es wurde als Stabilisator in der Sprengstoffindustrie eingesetzt. Mit dem Aufkommen der Film- und Fotobranche fand der Stoff einen weiteren Verwendungszweck bei der Herstellung von Hydrochinon, einem Zwischenprodukt für photographische Entwickler. So findet sich der Stoff auch im Namen der hundertprozentigen BAYER-Tochter AGFA, der »Aktiengesellschaft für Anilin-Herstellung«, wieder. Völlig neue Absatzmärkte eröffnete die Industrialisierung der Landwirtschaft.

Denn Anilin wird auch als Vorprodukt für die Herstellung von Pestiziden eingesetzt.

Heute geht der größte Anteil des Stoffes in die Synthese der Polyurethan-Kunststoffe. Mit dem Kunststoffboom stieg der Bedarf an Anilin in den vergangenen Jahrzehnten ungewöhnlich stark an. Polyurethane finden unter anderem in der Automobilindustrie Anwendung, werden zu Fasern (DORLASTAN) verarbeitet, als Bindemittel in Klebstoffen und Lacken verwendet oder als Montageschaum im Heimwerkerbereich vertrieben. Der Bau der Anilin-Anlage in Brunsbüttel ist somit auf dem Hintergrund des weltweiten Ausbaus der Polyurethansynthese bei BAYER zu sehen. So wurden in den letzten Geschäftsjahren in den USA, in Japan, Spanien, Belgien sowie in Dormagen die Kapazitäten erhöht und weitere Planungen eingeleitet.

Sündenfälle von Krebs bis »Anilinpips«

Im Gegensatz zu dem bekannten Massenkunststoff PVC ist die Umweltbelastung durch Polyurethane weniger augenfällig. Doch sind auch mit ihrer Herstellung eine Vielzahl von ökologischen Problemen verbunden. So werden im Laufe der verschiedenen Vorproduktionsstufen gesundheits-schädigende und zum Teil krebserregende Stoffe eingesetzt. Anilin selbst ist ein starkes Blut- und Nervengift. Vergiftungen können sich in Schwindel, Mattigkeit und euphorischen Zuständen äußern, die beschönigend als »Anilinpips« bezeichnet werden. Anilin steht unter dem begründeten Verdacht, Krebs zu erzeugen. Bei der Herstellung der Polyurethane wurden im Brunsbütteler BAYER-Werk Abwasserbelastungen mit dem gefährlichen Hexachlorbenzol sowie Chlorfreiset-zungen über die Abluft festgestellt.

Ellen Frings

Blumen: Der einen Freud,

der anderen Leid



Soziale und ökologische Probleme der Schnittblumenproduktion in der Dritten Welt

'Blumen sollen Freude schenken' - suggeriert die Werbung. Doch bei der Produktion von Schnittblumen treten viele soziale und ökologische Probleme auf. Aufgrund von Berichten Betroffener initiierten Brot für die Welt, die Menschenrechtsorganisation FIAN, die Informationsstelle Kolumbien, das Pestizid Aktions-Netzwerk, Terre des Femmes und terre des hommes die Blumeninformationskampagne. Der Trägerkreis forderte keinen Boykott kolumbianischer Blumen, u.a. da es die betroffenen Menschen in Kolumbien strikt abgelehnt haben. Für sie ist der Blumensektor die einzige Chance, überhaupt Arbeit zu finden.

Verletzung des Grundrechts auf Gewerkschaftsfreiheit

"Während wir Tag für Tag früh aufstehen und unter schwierigen Bedingungen unsere Arbeitskraft und unser Leben hergeben, haben wir kein Recht auf Wohnung, kein Recht auf soziales Leben und auf Zeit für unsere Familien, kein Recht auf ein menschenwürdiges Leben und kein Recht auf Bildung. Während es den Blumenbetrieben immer besser geht, bleibt für uns nur dieses schreckliche Elend." So beschreibt eine Arbeiterin die Situation in der kolumbianischen Blumenindustrie, in der 140.000 Menschen beschäftigt sind - 70 Prozent davon Frauen. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten und der Bedeutung des Agrarsektors - mit einem jährlichen Exportvolumen von 360 Millionen DM sind Blumen das dritt wichtigste Agrarexportprodukt Kolumbiens - ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig. Die Mechanismen, um Gewerkschaftsgründungen zu verhindern, sind vielfältig. Neben subtilen Formen werden massive Drohungen oder kurzerhand Entlassungen ausgesprochen. Oder die Arbeiterinnen werden auf eine arbeitgeberfreundliche Gewerkschaft "umgelenkt", die im gleichen Betrieb funktioniert. Um die Grundbedürfnisse einer Familie zu decken, werden drei Monatslöhne benötigt. Überstunden sind "freiwillig verordnet".

Im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik Kolumbiens mit drastischen Privatisierungs- und sog. Rationalisierungsmaßnahmen werden auch in den Blumenbetrieben "geschützte" Stellen mit einklagbaren Ansprüchen abgebaut. Zeitverträge, Leiharbeit und Nichtübernahme nach der Probezeit sind die beliebtesten Methoden, um die im Überfluß vorhandene weibliche Arbeitskraft flexibel einzusetzen, auszubeuten und ohne Verpflichtungen wieder abzustoßen. Die hohe Fluktuation der Beschäftigten wird es noch mehr erschweren, in den Betrieben Gewerkschaften aufzubauen und dadurch Kontrollmechanismen einzuführen.

Pestizide in der kolumbianischen Blumenindustrie

Um die hohe Produktivität in den kolumbianischen Blumenbetrieben beizubehalten und gleichzeitig die Ansprüche der KonsumentInnen in den USA oder Europa nach makellosen Blumen zu befriedigen, setzen die Produzenten zur Desinfizierung des Bodens und zur Bekämpfung der Schädlinge über 400 Agrochemikalien ein. Jedes Gewächshaus wird zwei bis viermal wöchentlich gespritzt. Ca. 70 kg Pestizide pro Hektar werden eingesetzt. Diese im internationalen Vergleich fast noch geringe Menge kann ihre gefährliche Wirkung auf Mensch und Umwelt ungehindert entfalten, da der entsprechende Schutz und die Entsorgung der Gifte mangelhaft ist.

- * International geächtete Pestizide des "Dreckigen Dutzends" kommen zum Einsatz;
- * Die direkten Anwender von Pestiziden verfügen nicht über die per Gesetz vorgeschriebene Ausbildung. Die ArbeiterInnen werden nicht über die von den eingesetzten Pestiziden ausgehenden Gefahren informiert;

* Bei der Anwendung von Pestiziden in den Gewächshäusern werden die ArbeiterInnen im allgemeinen nur für eine bis drei Stunden herausgeschickt. Diese kurzen Wiederbetretungsfristen (empfohlen werden 24 bis 48 Stunden) bergen eine besondere Gefahr in sich, da Pestizide nach dem Versprühen verdampfen. Die Gifte gelangen durch die Atmung und über die Haut in den Körper und können so zu schweren gesundheitlichen Belastungen führen. Werden Pestizide nur auf einzelne Beete gespritzt, müssen die Arbeiterinnen oft nur wenige Meter entfernt weiterarbeiten. Die Maßnahmen des Arbeitsschutzes sind oft katastrophal.

Allergien, Hautkrankheiten, Sehstörungen, Asthma und überdurchschnittlich häufige Krebserkrankungen werden als langfristige Folgen des Pestizideinsatzes genannt. Gewerkschaften und Gesundheitsorganisationen sprechen von einem besorgniserregenden Anstieg der Mißbildungen bei Neugeborenen und der Fehl- und Totgeburten unter den Arbeiterinnen. *"Wenn Frauen einen Schwangerschaftsnachweis erbringen, dann werden ihnen andere Arbeiten zugewiesen. Zum Beispiel müssen sie keine Arbeiten in Hockstellung verrichten. Das ist aber erst ab dem vierten Monat. In den ersten drei Monaten machen sie die gleichen Arbeiten wie die anderen... Und beim Spritzen werden sie auch nicht rausgeschickt..."* berichtet eine Arbeiterin.

Die chemische Industrie

Um die katastrophalen Auswirkungen des Pestizideinsatzes in der Dritten Welt eindämmen zu können, wurde 1985 der "Internationale Verhaltenskodex für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pestiziden" der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO-Kodex) beschlossen. Nach dem Kodex sind die chemische Industrie, die staatlichen Institutionen und die Unternehmer und Anwender in den jeweiligen Ländern für den sicheren Umgang mit Pestiziden verantwortlich. Unter den spezifischen Bedingungen in der kolumbianischen Blumenindustrie, in denen die Sicherheitsmaßnahmen, die Ausbildung und der Anwenderschutz für die dort arbeitenden Menschen nicht gewährleistet ist, sollte die deutsche Industrie, die 65 Prozent des kolumbianischen Marktes abdeckt, auf den Export von hoch gefährlichen Pestiziden verzichten. Daß auch die exportierende Industrie mitverantwortlich für den Anwenderschutz ist, hat sie selbst im FAO-Kodex bestätigt, zu dem sie sich "im Bewußtsein für die besondere Verantwortung für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Dritten Welt" bekannt hat (s. Protestbrief an Bayer).



Menschenrechtliche und ökologische Standards im Welthandel

Produktion und Handel von Agrarprodukten aus der Dritten Welt spielen sich keinesfalls im rechtsfreien Raum ab. Der Einhaltung der internationalen Menschenrechtspakete, insbesondere des UN-Paktes "über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte", verschiedener Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der nationalen Gesetzgebung sind die Produzenten und Regierungen und multinationalen Konzerne verpflichtet. Diese Rechtsbestimmungen bilden eine klare Richtlinie für die menschenrechtliche und ökologische Grundlage bei Anbau und Handel von Agrarprodukten bzw. einen international autorisierten Forderungskatalog bei ihrer etwaigen Verletzung. Zwischen dem Trägerkreis der europäischen Blumenkampagne und dem Basisgruppenzusammenschluß der BlumenarbeiterInnen in Bogotá gibt es einen regen Informationsaustausch. Angestrebtes Ziel ist es, durch vielschichtige Aktionen und Druck - hier wie dort - die Arbeitssituation auf den Blumenplantagen zu verbessern und die Voraussetzungen für freie Gewerkschaftsarbeit zu schaffen.

Detailliertere Informationen bei: FIAN, Overwegstr. 31,
4690 Herne 1,
Tel.: 02323 / 49 00 99



Bayer AG
Monheim

W - 5090 Leverkusen, Bayerwerk

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie ich erfahren habe, werden im Schnittblumenanbau in Kolumbien immer noch gefährliche Pestizide eingesetzt, ohne daß die Einhaltung der erforderlichen Schutzmaßnahmen gewährleistet ist.

Ihre Firma hat sich "im Bewußtsein für die besondere Verantwortung für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Dritten Welt" zur Einhaltung des FAO-Kodex verpflichtet. Im Artikel 5.2.3. des Kodex heißt es: "Auch wenn ein Überwachungssystem vorhanden ist, sollte die Industrie den Verkauf einstellen und die Produkte zurücknehmen, wenn eine sichere Anwendung im Rahmen der Gebrauchsanleitung oder von Beschränkungen nicht möglich erscheint."

Nach den mir vorliegenden Informationen vertreibt Ihre Firma in Kolumbien Produkte (z.B. Metasystox und Tamaron), die von der Weltgesundheitsorganisation in die Giftigkeitsklasse I eingestuft werden. Bei der Anwendung dieser Produkte kann auf das Tragen von Schutzkleidung, das Einhalten von Arbeitsschutzmaßnahmen und qualifiziertes Personal keinesfalls verzichtet werden. Nach Aussagen kolumbianischer Arbeiterinnen und Arbeiter sowie den Feststellungen mehrerer wird dies jedoch meist nicht befolgt. Ich bitte Sie daher, gemäß Ihrer Zustimmung zum FAO-Kodex diese Produkte zurückzunehmen.

Darüber hinaus zeigt die Situation in der kolumbianischen Blumenindustrie, daß besonderes Augenmerk auf die Fragen des Anwenderschutzes zu legen ist und neue Methoden des biologischen Pflanzenschutzes im Interesse von Mensch und Natur dringend erforderlich sind. Hier stehen m.E. sowohl kolumbianische Stellen, aber - als einer der weltgrößten Pestizidexporteure - auch die Firma Bayer in der Verantwortung.

Bitte informieren Sie mich über Ihre diesbezüglichen Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

Herrn Botschafter
Dr. Ricardo Salas
Botschaft der Republik Kolumbien
Friedrich-Wilhelm-Str. 35
W - 5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Botschafter,

sicher wissen Sie, daß hier in Deutschland viele Käuferinnen und Käufer von Blumen über die sozialen, ökologischen und gesundheitlichen Folgeprobleme des kolumbianischen Schnittblumenanbaus sehr beunruhigt sind.

Ich möchte an dieser Stelle erneut beteuern, daß mir die Bedeutung dieses Sektors als wichtige Devisenquelle Ihres Landes und für die Arbeitsplätze Tausender von Menschen bewußt ist. Deshalb bin ich einem Boykott kolumbianischer Blumen immer entgegengetreten. Doch ich verfolge mit großer Sorge, daß die geringen Löhne, die oft ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse und mangelnde soziale Absicherung wie die unzulängliche Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen für viele BlumenarbeiterInnen und ihre Familien ein menschenwürdiges Leben verhindern. Auch die ökologische Zerstörung durch den Schnittblumenanbau - vor allem die Vergiftung von Wasser und Boden - erscheint mir bedenklich.

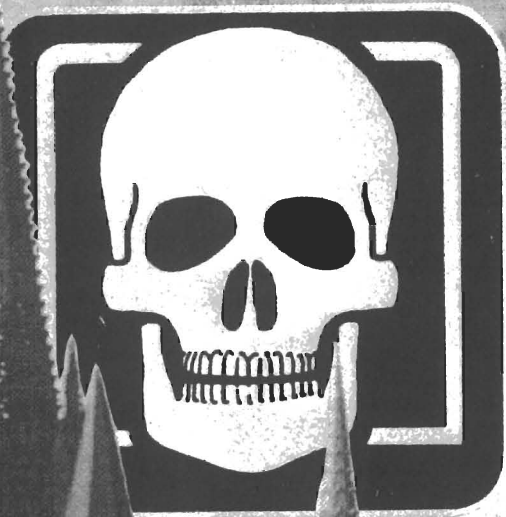
Die Durchsetzung gerechterer Handelsbeziehungen auf internationaler Ebene liegt mir gleichermaßen am Herzen wie die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte. Sie müssen verstehen, daß es vielen Menschen in unserem Land schwerfällt, Blumen zu kaufen, bei deren Produktion die Beschäftigten krank werden und die Umwelt zerstört wird. Von daher halte ich es für dringend erforderlich, daß

- die kolumbianische Regierung und Arbeitgeber einen Dialog mit Gewerkschaften, Gesundheitsorganisationen und Ökologiegruppen aufnehmen, um diese Probleme zu erörtern und gemeinsam wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Situation zu beschließen;
- die kolumbianische Regierung ihre Aufsichtspflicht konsequent wahrnimmt und Gesetzesverstöße im arbeitsrechtlichen und ökologischen Bereich bestraft;
- die Verwendung von Agrarchemikalien und der Verbrauch von Wasser im Schnittblumenanbau drastisch reduziert wird; dafür ist eine Umstellung des Kulturverfahrens und die Förderung der biologischen Schädlingsbekämpfung erforderlich;
- die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine Untersuchung über Arbeitsbedingungen, Gesundheits- und Umweltrisiken in der Blumenindustrie durchführt, um daraus Handlungsanweisungen ableiten zu können.

Ich bitte Sie, meine Forderungen an die zuständigen Stellen in Kolumbien weiterzuleiten. Ihrer Antwort bezüglich der eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

STOPPT DIE GIFTSCHLEUDER IN KÖLN



Hilf mit !

Die Stadt Köln plant eine gigantische Müllverbrennungsanlage in Köln. Neue Gifte bedrohen die Kölner. Wir müssen sie verhindern.

Spendenkonto:
Kreissparkasse Köln
Kto.Nr. 76076
BLZ 37050299

Coupon

Ich will mithelfen. Senden sie mir weitere Informationen. 2,00 DM Briefmarken liegen bei.

Kristall e.V.
Redwitzstraße 62-66
5000 Köln 41
☎ 02 21/44 92 32


KRISTALL

Leben braucht Zukunft

HOLZGIFTE

Erfolg für Geschädigte

Im Juni wird vor der Umweltstrafkammer am Landgericht Frankfurt der Prozeß gegen zwei Geschäftsführer der ehemaligen BAYER-Tochter DESO-WAG eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten schwere Gesundheitsschäden durch Holzschutzmittel billigend in Kauf genommen, da sie nicht vor der Gefährlichkeit ihrer Produkte gewarnt hätten, obwohl ihnen dies spätestens seit 1977 bekannt war.

Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt ordnete die Eröffnung des Verfahrens an, nachdem das Landgericht Frankfurt 1990 dies abgelehnt hatte wegen widersprüchlicher wissenschaftlicher Meinungen der Gutachter. Der Beschluß des OLG öffnet den Opfern von Holzschutzmitteln, aber auch anderen Umweltgiften, neue Möglichkeiten vor Gericht. So wird zum Beispiel der beklagte Hersteller aufgefordert, Beweis zu führen, daß seine Produkte nicht zu Gesundheitsschäden führen. Der Paragraph 330a des Strafgesetzbuches steht zur Interpretation an und damit die Frage: Werden Gifte, die vom Endverbraucher erstanden und angewendet werden, damit in unkontrollierter Weise freigesetzt und verbreitet, so daß seitens des Herstellers/Vertriebers eine Straftat vorliegt? Die Interessengemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten (IHG) schätzt ein, daß sich aus dem Beschluß des OLG Frankfurt eine ganze Summe von toxikologisch relevanten Grundsatzfragen ergeben, die für die Rechtsprechung neu diskutiert werden müssen.

LATEINAMERIKA

Kampfansage an BAYER in Peru

In der Zeitung der Guerrilla-Organisation „Leuchtender Pfad“ (Sendero Luminoso), EL DIARIO, vom 2. Februar 1992 wird WALTER ESCHWEILER, der Werksleiter von BAYER INDUSTRIAL in Peru, stark angegriffen. Es wird ihm vorgeworfen, die Modernisierungspolitik Fuji-

moros auf Kosten der Arbeiter rücksichtslos durchzusetzen. Das Foto von ESCHWEILER ist mit „Der Ausbeuter“ untertitelt. Nach Einschätzung von PerukennerInnen bedeutet dies eine offene Kampfansage der Guerrilla-Organisation gegen BAYER bzw. in diesem Fall auch gegen den Werksleiter persönlich.

KONZERN

Konzentrationsprozeß

BAYER plant, die Pestizidproduktion von 146 auf 100 Länder zu konzentrieren.

KUNSTSTOFFE

BAYER und VW recyceln Kühlergrille

BAYER und VW arbeiten an einem gemeinsamen Entwicklungsprojekt zur Recyclingfähigkeit des Kunststoffes Novadur. Aus diesem Material bestehen die Kühlergrills von VW's und Audis. Im Rahmen des Entwicklungsprojekts werden die Kühlergrills von Altfahrzeugen zerkleinert, gereinigt und zu neuen Kühlerschutzgittern verarbeitet.

Kunststoffwerbung für die Forschung?

An der Fachhochschule Niederrhein am BAYER-Standort Krefeld wurde das Forschungsinstitut „Kunststoff-Recycling“ gegründet. Träger des Instituts ist ein Förderverein, der sich Mittel aus öffentlichen Forschungsgeldern und großzügigen Spenden der Industrie verspricht – unter anderem von BAYER. In dem Institut sollen neue Konzepte für die Wiederverwendung von Kunststoff-Müll erdacht werden. Als Problem sehen die Gründer des Forschungsinstituts das schlechte Image, das PVC und andere Kunststoffe inzwischen haben. Deshalb soll erst einmal die Werbetrommel für Kunststoffe gerührt werden.

AKTIV

Umweltkonferenzen gefordert

Die PDS fordert eine 1. Leverkusener Umweltkonferenz und in der Folge ähnliche Konferenzen in den Chemiestädten Ludwigshafen und Hoechst. Begründet wird diese Forderung mit den Erfahrungen der 1. Bitterfelder Umweltkonferenz. In der Vorbereitung dieser Konferenz wurde bisher einmaliges Datenmaterial über die Kontamination des Bodens in diesem Gebiet zusammengestellt. Die Industriebetriebe hatten sich an den Untersuchungen auf ihrem Betriebsgelände beteiligt und zudem die Ergebnisse veröffentlicht. Die PDS wünscht ein solches Herangehen auch in Leverkusen und an den anderen großen Chemie-Standorten.

LUFT

Dicke Luft in Leverkusen

Der Rheinisch-Westfälische TÜV rät den Verantwortlichen von Leverkusen im Rahmen eines Gutachtens über die Luftbelastung in der Stadt dringend, sich mit BAYER in Verbindung zu setzen. Die Stadt solle mit BAYER darüber verhandeln, wie weitere Maßnahmen zur Senkung der ausgestoßenen Schadstoffbelastungen eingeleitet werden können. Das Gutachten beginnt mit dem Satz: „Die lufthygienische Situation ist problematisch.“

LEVERKUSEN

Schlemmen im 27. Stock

Eines der bestgeführten Luxus-Restaurants Deutschlands ist nahezu unbekannt. Es befindet sich im 27. Stockwerk des BAYER-Hochhauses in Leverkusen. Zu dieser „Kantine“ haben nur die Vorstandsmitglieder und ihre Gäste Zutritt.

Arbeiten und kaufen bei BAYER

Bis zu 14 000 KundInnen täglich zählt in Leverkusen das Warenhaus der BAYER-Kaufhaus-

GmbH, einer hundertprozentigen Tochter der BAYER AG. Die Gesellschaft beschäftigt rund 400 MitarbeiterInnen und unterhält neben dem Warenhaus noch sieben Supermärkte und vier Verkaufsläden im BAYER-Werk. Vorläufer der GmbH ist die BAYER-„Konsumanstalt“ von 1895. Die Hälfte der heutigen Kundschaft im BAYER-Warenhaus besteht aus BAYER-Beschäftigten.

BELEGESCHAFT

Nachtarbeit für Frauen

Von den 36 000 Beschäftigten bei BAYER in Leverkusen sind 18 Prozent Frauen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aufhob, findet bei ihnen unterschiedliches Echo. Während einige Chemikantinnen keine Probleme in einer dritten Schicht sehen, befürchtet im Pharmabetrieb die Betriebsrätin Gisela Werner zusätzlichen Stress, wenn die Frauen, die jetzt schon in zwei Schichten arbeiten, zu einer dritten Schicht gezwungen werden. Die Chemie habe bewiesen, daß sie große Gewinne auch ohne Frauen in Nachtarbeit machen könne. Der BAYER-Betriebsrat in Brunsbüttel erklärte, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stelle keinen „Freibrief für Nachtarbeit“ dar. Sie bleibe nach wie vor die Ausnahme. Der Betriebsrat führe das geringe Interesse von Frauen an einer Ausbildung zur Chemikantin unter anderem auf die Arbeit im Drei-Schicht-System zurück.

Wuppertaler Betriebsrat will Kritiker loswerden

Die Betriebsratsmehrheit im BAYER-Werk Wuppertal hat beschlossen, daß das Betriebsratsmitglied Herbert Janke von der Liste der „Durchschau-baren“ seine Freistellung für den AC-Bereich verlieren und stattdessen eine Freistellung im Bereich Arbeitssicherheit antreten soll. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß Marianne Hürten von den „Durchschau-baren“ als freigestelltes Betriebsratsmitglied für den Be-

STICHWORT... SCHLAGLICHTER

reich Arbeitssicherheit durch ihre Tätigkeit als Landtagsabgeordnete zu oft ausfällt. Die »Durchschaubaren« vermuten, daß eher die kritischen Anmerkungen von Herbert Janke zum Fünf-Schicht-System hinter dieser Umsetzung stecken – insbesondere die Tatsache, daß er die KollegInnen darüber informierte, daß es ein Versprechen gibt, daß jeder Betrieb über die Einführung des neuen Systems abstimmen darf. Die »Durchschaubaren« verweisen darauf, daß ihnen nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz ein bestimmter Anteil an Freistellungen und an Sitzen in Ausschüssen zusteht. Der Beschluß der Mehrheitsfraktion im Betriebsrat verstöße gegen diese Bestimmungen.

Versuchsmenschen gesucht

Per Rundschreiben wurden KollegInnen im BAYER-Werk in Elberfeld aufgefordert, an klinischen Prüfungen zur Sicherheit und Verträglichkeit neuer Arzneimittelwirkstoffe an gesunden Menschen teilzunehmen. Die Suche nach Probanden per Rundschreiben wird damit begründet, daß die Anzahl solcher Untersuchungen in den letzten Jahren stark angestiegen sei – einmal durch die Entdeckung zahlreicher neuer Wirkstoffe, zum anderen durch schärfere gesetzliche Bestimmungen.

Feuerwehr braucht Personal

Bei der Werksfeuerwehr im BAYER-Werk Elberfeld besteht ein eklatanter Personalnotstand. An mehr als 30 Prozent der Tage kann die vom Regierungspräsidenten vorgeschriebene Mannschaftsstärke im Werk nicht anwesend sein. 1991 war die Werksfeuerwehr aus Kostengründen personell reduziert worden. Experten befürchten nun eklatante Sicherheitsmängel.

POLITIK

Spendierhosen für die CDU

Die chemische Industrie hatte 1990 am meisten für die CDU übrig: In deren Parteikasse spen-

deten BAYER & Co. 787 000 DM. Für die SPD mußten 50 000 DM reichen. Der Verein der bayerischen chemischen Industrie griff der CSU mit 235 000 DM unter die Arme.

PESTIZIDE

Kritik an Trinkwasser-aufbereitung

Der Leiter des Pesticid-Sektors von BAYER, Walter Ernst, hat sich gegen Pläne der Bundesregierung ausgesprochen, bis zu 260 Millionen DM im Jahr dafür auszugeben, sog. Pflanzenschutzmittel aus dem Trinkwasser zu entfernen. Die Ausgaben werden nötig, um den EG-Grenzwert für Pesticide im Trinkwasser (0,1 Mikrogramm pro Liter für ein einzelnes Mittel und 0,5 Mikrogramm für die Gesamtzahl der gefundenen Substanzen) einzuhalten. Walter Ernst behauptet, diese Maßnahme habe keinen Nutzen für die Gesundheit der Verbraucher; es handele sich dabei lediglich um eine Verschwendung von Steuergeldern.

Chemiekeulen zu teuer

Durch gesetzliche Auflagen, seien die Kosten für die Entwicklung neuer sog. Pflanzenschutzmittel derartig gestiegen, daß sie sich nur noch für wenige weltweit angebaute Großkulturen lohnen würde. Das teilte der Leiter des Pesticid-Sektors bei BAYER, Walter Ernst, gegenüber der Presse mit. Für kleinere Kulturen wie Rüben, Kartoffeln oder Hopfen würden keine Mittel mehr entwickelt. Außerdem sinke die Zahl der Präparate, weil es sich nicht lohne, die teuren Prüfungen nach Ablauf der Zulassung zu wiederholen, sagte der Leiter der sog. Umweltforschung im BAYER-Pesticidzentrum Monheim, Jürgen Wenzelburger. Die Entwicklung eines neuen »Pflanzenschutzmittels« kostet laut Ernst zur Zeit über 200 Millionen DM. Mehr als ein Drittel der Kosten entfielen auf die im Pflanzenschutzgesetz vorgeschriebenen Studien. BAYER setzt derzeit auf eine neue gentechnische Generation von Pesticiden, deren Auswirkungen

auf die Umwelt mindestens ebenso gravierend sind.

GEWERKSCHAFT

Gemeinsam gegen Umweltafgaben

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) und die IG Chemie-Papier-Keramik lehnen gemeinsam jede Form von Abfallabgaben oder Kohlendioxid-Steuern ab. Beide Organisationen unterstützen im Gegensatz dazu »freiwillige Vereinbarungen für Energiesparmaßnahmen... wie es die EG-Kommission kürzlich vorschlagen hat.« Die IG Chemie vertritt gemeinsam mit dem VCI die Meinung, daß die Altlasten in den neuen Bundesländern eine »gesamtgesellschaftliche Aufgabe« seien (siehe die BAYER-Haltung dazu in dem Beitrag über Bitterfeld auf Seite 17 dieser Ausgabe). Die vom Bundesumweltministerium vorgelegten Vorschläge für eine Finanzierung dieser Altlasten aus einer Abfallabgabe werden unisono als »unverträgliche wirtschaftliche Belastung der chemischen Industrie« abgelehnt.

WISSENSCHAFT/FORSCHUNG

Neues Informationssystem

Eine Arbeitsgruppe von BAYER hat gemeinsam mit der Molecular Design Ltd. (MDL) und dem Fachinformationszentrum Chemie in Berlin eine Reaktionsdatenbank in Dienst gestellt. Dieses neue Informationssystem über chemische Reaktionen steht ChemikerInnen, die an Hochschulen oder in Industriebetrieben auf dem Gebiet der organischen Synthese forschen, zur Verfügung. Das Bundesforschungsministerium unterstützte das Projekt mit 6,5 Millionen DM.

Projekt zum EG-Binnenmarkt

An der Bergischen Universität in Wuppertal läuft ein Kooperationsprojekt, das sich mit den verschiedenen Unternehmensverfassungen und den Problemen für die europäische Inte-

gration befaßt. An entsprechenden Seminarreihen des Projekts ist auch Dr. Gerd Wiedemeyer, Personaldirektor der BAYER AG, beteiligt (SWB berichtete früher bereits dazu).

Neue Mikroglassfaser

BAYER hat eine neuartige Mikroglassfaser entwickelt. Diese Faser soll besonders löslich sein, das bedeutet: Es können sich angeblich nicht – wie bei Asbest und Mineralwolle – Faserpartikel in Lunge und Bronchien anlagern und damit Krebs auslösen. Daher wäre diese Glasfaser möglicherweise eine gesundheitlich unschädliche Alternative für die zur Zeit als Ersatz für Asbest gebräuchliche Mineralwolle. Die MAK-Kommission untersucht Forschungsergebnisse, nach denen durch Mineralwolle Krebs ausgelöst wird.

ÖKONOMIE

Gewinnrückgang in den USA

Die US-amerikanische BAYER-Tochter MILES INC. steigerte 1991 ihren Umsatz von 5,9 Milliarden auf 6,2 Milliarden Dollar; der Gewinn (nach Steuern) ging von 149,2 Millionen auf 101 Millionen Dollar zurück. Rückgänge gab es insbesondere im Diagnostika-Bereich.

RÜCKKEHR IN DIE TÜRKEI Rückkehr in eine fremde Heimat

YENİ BİR HAYAT! EIN NEUES LEBEN!

Das neue bundesrepublikanische Ausländerinnengesetz trifft türkische Jugendliche besonders hart, macht sie in ihrer zweiten Heimat – die oft als »erste Heimat« empfunden wird – zu ungeliebten Gästen. Der vorliegende Band läßt die Betroffenen selbst über ihre Situation und Gefühle, vor dem Hintergrund der neuen Ausländerinnengesetzgebung, berichten: »Es hätte ein Recht auf Rückkehr geben müssen.«

Berlin 1990, 160 Seiten DM 12,80

Bezug:

LN-Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
asa
Tel.: 030/694 61 00

STICHWORT... SCHLAGLICHTER

Hauptumsatzträger waren die Sparten Pharma, Kunststoffe, Consumer-Produkte und Landwirtschaft. Für die Zukunft setzt MILES große Gewinnerwartungen in das gentechnologisch hergestellte Blutgerinnungsmittel Kogenare, für das in diesem Jahr die Zulassung erwartet wird.

Ausbaupläne für Italien

Mit einem Umsatz von mehr als 2400 Milliarden Lire ist Italien für den BAYER-Konzern der weltweit stärkste ausländische Markt nach den USA. Der BAYER-Konzern ist seit über 100 Jahren in Italien tätig – seit 1899 mit einer eigenen Firma. Zur Zeit besteht BAYER ITALIA aus elf Tochtergesellschaften mit 3800 MitarbeiterInnen. In den nächsten fünf Jahren sollen 500 Milliarden Lire in den Standort Italien investiert werden. Seit dem vergangenen Jahr werden BAYER-Aktien an italienischen Börsen gehandelt. Chef von BAYER ITALIA ist Dr. Paolo Paglioni, ausgebildeter Mediziner, der 1953 in BAYER-Dienste trat.

Geld duftet

Die Duft- und Geschmacksstoffbranche ist ein Wachstumsmarkt, der sich weltweit um drei bis vier Prozent pro Jahr vergrößert. Die zum BAYER-Konzern gehörende HAARMANN & REIMER GmbH in Holzminden ist mit einem Gruppenumsatz von 1,1 Milliarden DM Marktführer in der Bundesrepublik. Auf dem Weltmarkt hält die Holzmindener BAYER-Tochter mit einem Anteil von 5,5 Prozent den fünften Platz.

IMPERIUM

Neuordnung in Skandinavien

BAYER hat seine vier skandinavischen Beteiligungsgesellschaften BAYER Danmark A/S, BAYER Sverige AB, BAYER Norge A/S und Oy Suomen BAYER AB – ab 1. Mai zu einer organisatorischen Einheit zusammengefaßt. Gleichzeitig wurden vier Geschäftsbereiche gebildet, die für die gesamte nördliche Region zuständig sind. Hintergrund der Maßnahme ist

der gemeinsame europäische Binnenmarkt und die angestrebte Integration der EFTA-Staaten in die EG. Sitz der neuen Einheit ist Kopenhagen. Leiter wurde Hans-Jürgen Jensen, vorher Geschäftsbereichsleiter Consumer Produkte in Leverkusen.

UNFÄLLE

Explosion in Köln-Flittard

Im Kölner BAYER-Werk im Stadtteil Flittard explodierte ein Glaskolben bei der Erprobung der Herstellung von Insektengiften. Vier Laboranten wurden durch die austretende Flüssigkeit, ein stark ätzendes Zwischenprodukt, verletzt. Zwei von ihnen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Insektizide sind Nervengifte, die in abgewandelter Form auch in Kampfstoffen eingesetzt werden.

698 Unfälle bei BAYER

1991 wurden in den deutschen BAYER-Werken 698 Betriebsunfälle gezählt. Auf eine Million geleistete Arbeitsstunden kamen 7,2 Betriebsunfälle.

STANDORTE

Jubiläum in Dormagen

Am 25. August 1992 feiert BAYER in Dormagen sein 75-jähriges Bestehen. Gestartet wurde 1917 mit der Produktion von Schwefelsäure. 1926 lief im Dormagener Werk die Herstellung von Kunstseide an. Der Erfolg dieses Produkts verschaffte Dormagen zeitweise den Namen "Perlonstadt". Der heutige Renner unter den Textilfasern heißt "Dorlastan". 1988 wurden die Kapazitäten für diese Produktion in Dormagen mit Investitionen in Höhe von 60 Millionen DM verdoppelt. In diesem Jahr will BAYER an diesem Standort mit dem Bau der umstrittenen Rückstandsverbrennungsanlage beginnen. Werksleiter Dr. Hartmut Fuhr beklagte, daß neue Gesetze eine Überarbeitung des Verfahrens der Anlage notwendig machten. Im Januar dieses

Jahres waren 9940 Menschen im Dormagener Werk beschäftigt, 219 weniger als ein Jahr zuvor.

HAUSHALTSGIFTE

Saubere Chemiefaser?

Ulrich Sewekow, Leiter des analytisch-technologischen Labors bei BAYER, bestreitet heftig jede Kritik von Umweltschützerinnen an Chemiefasern und chemisch aufgearbeiteten Textilien. Zugleich weist er auch jede Gefährdung durch die Verwendung von Pestiziden in den Baumwoll-Monokulturen zurück. Als Gegenargument führt er an, daß der Landverbrauch durch Schaffherden bzw. Baumwollkulturen sich verdoppeln müßte, falls nur noch Naturfasern anstelle von Chemiefasern verwendet würden. In seiner Argumentation muß er allerdings eingestehen, daß die chemische Industrie in den letzten Jahren viele Stoffe, von denen sie lange behauptet hatte, sie seien unbedenklich, austauschen mußte, zum Beispiel Formaldehyd.

SPORT

Tennis-Sponsoring in Moskau

1,5 Millionen DM ließ sich BAYER den 2. BAYER Kremlin Cup – ein Turnier für Tennis-Profis – in Moskau kosten. Der Chemie-Konzern zielt mit dem Tennisball gewinnbringende Geschäfte an. BAYER-PR-Direktor Heiko von Lanken-Schulz dazu: "Im letzten Jahr hatten wir rund 500 Geschäftsbesprechungen mit der russischen Industrie, dabei ging es um einige Millionen."

LATEINAMERIKA

Fabrikkommission in BELFORD ROXO

BAYER hat zugesagt, daß es im brasilianischen BAYER-Werk BELFORD ROXO eine "Fabrikkommission" geben soll. Diese Kommission hat im wesentlichen nur Beratungs- und Informationsrechte. Sie wird voraussichtlich aus 12 Mitgliedern bestehen, von denen drei von

der Arbeit freigestellt sind. Einmal im Monat werden alle Kommissionsmitglieder für eine Sitzung von drei Stunden freigestellt, und zweimal im Jahr darf es eine Betriebsversammlung geben. Für die Kommissionsmitglieder besteht Kündigungsschutz. Die brasilianischen Kolleginnen betrachten die Einrichtung der Kommission als großen Fortschritt und als Erfolg der internationalen Solidarität. In Deutschland hatten sich politische Parteien, BAYER-Betriebsratskolleginnen aus Elberfeld und Leverkusen sowie kirchliche Organisationen hinter die Forderungen der Arbeiter von BELFORD ROXO gestellt. STICHWORT BAYER hat immer wieder über die Lage bei BAYER DO BRASIL berichtet. In der Ausgabe 1/92 befindet sich ein ausführliches Interview mit BAYER-Betriebsrätinnen, die die Gewerkschaftswahlen in Brasilien, unter anderem im BAYER-Werk BELFORD ROXO, beobachtet hatten.

VERBRENNUNG

SAVA nahm nichts mehr

Eine dem BAYER-Konzern gehörende Sondermüll-Verbrennungsanlage (SAVA) hat keinen Sondermüll des Chemischen Untersuchungsamtes Oldenburg mehr angenommen. Das Oldenburger Amt gilt als eines der leistungsfähigsten deutschen Institute zur Untersuchung von Lebensmitteln und sog. Bioindikatoren auf die hochgiftigen Dioxine. Das Untersuchungsamt mußte seine Arbeit unterbrechen, weil es den Müll nicht mehr entsorgen konnte.

PERSONALIEN

Ehrung für Prof aus Monheim

Professor Dr. Eberhard Weise, ehemaliger BAYER-Arbeitsdirektor, aus Monheim erhielt die Carl-Duisberg-Medaille. Er bekam sie für seine besonderen Verdienste um die Förderung der Chemie und der Belange der Gesellschaft Deutscher Chemiker.

Nach fünf Jahren Rechtsstreit: BAYER-Klage endgültig gescheitert

Die BAYER AG ist mit ihrer Klage gegen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und deren Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura endgültig gescheitert. Das Landgericht Köln wies die Klage des Konzerns am 19. März auf Antrag der COORDINATION ab und beendete damit die inhaltliche Seite eines fünfjährigen Rechtsstreits zwischen dem Chemiegiganten und seinen KritikerInnen. BAYER verzichtet auf einen Einspruch gegen die Abweisung.

BAYER hatte 1987 auf Unterlassung des folgenden Aufrufs der COORDINATION geklagt: »Gefahren für die Demokratie: In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairness. Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfähige Politiker werden unterstützt und finanziert.«

In der Beweisaufnahme der ersten Verhandlung vor dem Kölner Landgericht dokumentierte die CBG im September 1987 sechzehn Bespitzelungsfälle und leitete die Unterstützung willfähiger Politiker aus Presseberichten her. Das Gericht bewertete die Beweise seinerzeit als nicht ausreichend und untersagte der COORDINATION, den zweiten der inkriminierten Sätze zu wiederholen. Im Revisionsverfahren verbot das Oberlandesgericht Köln 1988 auch den ersten Teil der Aussage. Die Richter werteten den Aufruf als Tatsachenbehauptung, die falsch und daher unzulässig sei.

Erfolgreiche Verfassungsklage

COORDINATION und Köhler-Schnura erhoben Verfassungsklage gegen den Entscheid. Die Karlsruher Richter stellten den Aufruf der CBG daraufhin im Dezember 1991 als Meinungsäußerung unter den Schutz des Grundgesetzes und hoben beide Kölner Ur-

teile als verfassungswidrig auf. Der Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes sei verkannt, wenn Formulierungen, in denen die Bewertung tatsächlicher Vorgänge zum Ausdruck komme, als Tatsachenbehauptungen angesehen würden (1BvR 1555/88).

Unter dieser Maßgabe hatte sich das Kölner Landgericht nun erneut

mit der Klage zu befassen – pikanterweise unter Vorsitz von Richter Wilfried Huthmacher, der den Fall schon 1987 verhandelt hatte. Erleichterung war denn auch bei ihm zu spüren, als sich BAYER und COORDINATION auf die Abweisung der Klage verständigten.

Henry Mathews

Die großen Drei und ihre IM's

Das Verhältnis der großen Chemie-Konzerne zur Demokratie wurde in den letzten Wochen durch zwei Enthüllungen bloßgelegt: Der oberste Werksarzt von HOECHST, Fritz Schuckmann, beschaffte sich seit über drei Jahrzehnten unter Umgehung ärztlicher Schweigepflicht und Datenschutzbestimmungen die persönlichen Daten von verstorbenen ehemaligen MitarbeiterInnen. Die BASF hielt engste Kontakte mit der Polizei und ließ sich über MitarbeiterInnen aus deren Fahndungscomputer »Polis« informieren. Und BAYER?

Fritz Schuckmann, der ein umfassendes HOECHST-Krebsregister anlegte, das etwa 80 Prozent aller Sterbefälle umfaßt, rechtfertigte sich mit der unvorsichtigen Behauptung, diese Praxis sei auch bei BASF und BAYER durchaus üblich. BAYER-Werksarzt Niko Kisselbach bestätigte dies durch folgende Aussage indirekt: »Ein komplettes Register kann es bei uns nicht geben, weil es das nach dem Gesetz nicht geben darf.« Sein oberster Chef, Vorstandsvorsitzender Strenger, bestritt alles, gab aber im gleichen Atemzug zu bedenken, es gebe möglicherweise Handlungsbedarf.

Es wird an vielen Stellen darüber nachgedacht, ob es sinnvoll ist, Krebsregister anzulegen. So hat die Grünen-Landtagsabgeordnete und BAYER-Betriebsrätin Marianne Hürten angesichts der Altlast Dhünnau eine Krebskataster für Leverkusen ge-

fordert. Aber ebenso sicher ist, daß solche Register nicht in Konzernhänden liegen dürfen, sondern demokratisch kontrollierbar sein müssen. Bleiben solche Daten unter Konzernaufsicht, dienen sie weniger der Vermeidung gefährlicher Arbeitsbedingungen, sondern eher im Gegenteil dazu, genetisch belastete KollegInnen an weniger exponierte Stellen zu versetzen.

Die BASF hat sich jahrelang in Ludwigshafen und in Oppau geradezu zwei Polizeistationen gehalten. Sie finanzierte alles, von der Miete bis zum Schreibpapier. Nur die Gehälter der Beamten zahlte man nicht. Bis zu 300 Personalcloten im Monat gaben die firmeneigenen Werkschützer an die Polizei, die die Daten dann mit denen aus »Polis«, dem System, das der Schleppnetzführung dient, abgeglichen haben. BASF konnte so Dinge erfahren, die in keinem polizeilichen Führungszeugnis auftauchen würden. Die Polizeibeamten wirkten gewissermaßen als »inoffizielle Mitarbeiter« der Chemie.

Jürgen Rochlitz, ein kritischer BASF-Aktionär, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Demonstranten vor BASF und den Hauptversammlungen immer vom Werkschutz gefilmt und fotografiert werden. Eine Praxis, die auch BAYER hoch hält. »Was wurde mit diesem Material?« fragt Rochlitz. Wie weit geht die Zusammenarbeit von Polizei und Werkschützern? Wir fragen das auch. ● rs

NIMOTOP S und GLUCOBAY erneut in Verruf

Die BAYER-Tochter TROPON hat erneut ein Präparat aus der Gruppe der sog. Kalziumantagonisten mit Namen NIMOTOP S (Nimodipin) herausgebracht (vgl. SWB 1/92, Seite 16), dessen therapeutischer Fortschritt gegenüber anderen Substanzen dieser Stoffgruppe (ADALAT oder ähnliche, ebenfalls von BAYER) nicht nachgewiesen werden kann.

NIMOTOP S soll die zerebrale Leistungsfähigkeit des vornehmlich älteren Menschen verbessern, führt aber in der Praxis vor allem zu erheblichen Kostensteigerungen bei den Krankenkassen. Weit aus schlimmer ist noch die Gefahr der Doppelverord-

nung und folglich der Kumulation der Nebenwirkungen in den Fällen, in denen bereits zur Therapie einer Herzerkrankung ein weiterer Kalziumantagonist wie ADALAT verordnet wurde. Besonders gefährlich in diesem Zusammenhang sind extreme Blutdruckkrisen bis hin zum Schock.

Um NIMOTOP S am Markt zu etablieren, wurden und werden Versuche an über 1000 Probanden durchgeführt, die entsprechend der Indikation zur Behandlung mit dem »Hirnauffrischer« kaum mehr in der Lage sein dürften, dem Versuch zuzustimmen.

Schlechte Neuigkeiten auch vom skandalträchtigen Diabetes-Mittel GLUCOBAY (SWB berichtete mehr-

fach, zuletzt in 1/92, Seite 16), das nach neuesten Erkenntnissen nicht nur störende Nebenwirkungen wie Blähungen verursacht. Eine israelische Studie konnte aktuell nachweisen, daß – entgegen Herstellerangaben – das Mittel nicht vollständig im Magen-Darm-Trakt der Patienten verbleibt, wo es eine Resorption der Kohlehydrate und damit verbunden eine Senkung des Blutzuckerspiegels verhindern soll. Immerhin zwei Prozent des Reinwirkstoffes (Arcabose) und stolze 35 Prozent seiner Abbauprodukte gelangen direkt ins Blut, wodurch sie nach bisherigen Erkenntnissen Leberschädigungen und bohrende Kopfschmerzen verursachen können. ►

Chemie-Enquete des Bundestages – Neue Perspektiven der Chemiepolitik?

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission zur Chemiepolitik eingesetzt. Vorsitzender dieser Kommission wird der SPD-Abgeordnete Michael Müller (Düsseldorf) sein.

Schon die Beantragung der Enquete-Kommission war in der SPD-Fraktion heftig umstritten. Eine Gruppe von SPD-Politikern unter der Führung des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe (Mitglied im BAYER-Aufsichtsrat) hatte versucht, die Chemie-Enquete gegen eine Kommission mit dem Thema »Alter werdende Gesellschaft – Folgen des demographischen Wandels« auszuspielen. Dieser Versuch ist nur knapp gescheitert. Daß die Gruppe um Rappe dennoch nicht erfolglos war, zeigt schon der offizielle Titel der Enquete. Die Chemie-Enquete heißt nämlich im Bundestagsdeutsch »Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industrie-gesellschaft«.

Die Mitgliederliste der Enquete-Kommission liest sich recht spannend. Immerhin gehören mit den SPD-Parlamentariern Thea Bock und Michael Müller sowie den Sachverständigen Dr. Henning Fritze (Sprecher des BUND-Arbeitskreises Umweltchemikalien/Toxikologie), Dr. Reiner Grieshammer (Öko-Institut Freiburg) und auch Prof. Dr. George Füllgraff Personen der Kommission an, die für die Umweltbewegung den Begriff »Chemiepolitik« bestimmend gestaltet haben.

Es dürfte interessant sein zu erfahren, ob mit der Installierung dieser Kommission auch tatsächlich die Auseinandersetzung zwischen Umweltschützern und Industrieverbänden verbessert wird. In der Vergangenheit gab es bei verschiedenen Anlässen Konflikt zwischen Umweltschutzverbänden und Industrie, wobei die Zugeständnisse von Seiten der Industrie häufig nicht sehr weit gingen. Beispielsweise für den Mangel an Dialogbereitschaft war unter anderem der Prozeß des BAYER-Konzerns gegen die

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mit dem Ziel, die Öffentlichkeitsarbeit der CBG gerichtlich einschränken zu lassen.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) ist nach seinen derzeitigen Verlautbarungen keineswegs bereit, Umweltschützern weitergehende Daten zur Verfügung zu stellen oder gar seine Stoffpolitik gegenüber den Umweltverbänden breiter zu legitimieren. Vieles wird sich in der Kommission daher vor allem an der Frage entscheiden, ob von außen ein entsprechender Druck für ein offenes Verhalten der Chemieindustrie besteht. Dazu ist es weiter notwendig, mit Öffentlichkeitsarbeit und gut dosierten Aktionen das politische Klima zu beeinflussen. Die Existenz der Chemie-Enquete kann solche Aktionen befördern. Sie sollte aber nicht als Anlaß verstanden werden, nun von dort auf Ergebnisse zu hoffen und zunächst auf weitere Aktivitäten zu verzichten.

Dieter Gremler

Dieter Gremler ist Diplom-Chemiker.

BAYER und die Altlasten in Döhnnau und Bitterfeld oder: Nehmen ist seliger als geben

BAYER macht zur Zeit mit zwei Altlasten von sich reden: einer alten in Leverkusen und einer (für den Konzern) neuen in Bitterfeld. Während in Leverkusen die »Sanierung« verweigert bzw. hinausgezögert wird, soll sie in Bitterfeld auf das Land Sachsen abgewälzt werden. In Leverkusen sind mittlerweile die ersten Opfer der Deponie an Krebs gestorben.

»Nach der Gefährdungsabschätzung folgt zügig die Sanierung«, weiß die WirtschaftsWoche zu berichten. Bei dem so zügig »sanierten« Gelände geht es um Baugrund in Bitterfeld, auf dem BAYER Mitte dieses Jahres mit dem Bau von Produktionsanlagen beginnen will. Die Sanierungskosten von 70 bis 100 Millionen DM tragen das Land Sachsen und die Kommune Bitterfeld. Wo BAYER selbst bezahlen muß, kann von zügiger Inangriffnahme nicht gesprochen werden. Seit 1989 verspricht der Chemiekonzern, um die gefährliche Altlast Döhnnau eine Spundwand zu ziehen. Aber erst,

nachdem die Staatsanwaltschaft Köln Mitte Februar Ermittlungen gegen BAYER wegen des Verdachts auf Körperverletzung an Lehrern und Schülern einer Hauptschule in Wiesdorf einleitete, kündigte Leverkusens Chemie-Multi in eiligen Flugblättern Taten an.

In einer an die Deponie Döhnnau angrenzenden Schule sind mittlerweile 15 Krebskranke und fünf Todesfälle zu beklagen. Außer der Tatsache, daß jetzt die Staatsanwaltschaft eingreift, waren Insidern die Fakten seit Jahren bekannt. Auch STICHWORT BAYER hat regelmäßig über diese gefährlichste Altlast im Westen Deutschlands geschrieben, über die Gutachten und die Sanierungsvorschläge informiert. Die Verantwortlichen bei BAYER und bei der Stadt übertreiben immer wieder im Beschwichtigen. Ein BAYER-Sprecher erklärte, die Krebskranke und Tote könnten keineswegs auf das Konto des Chemiemülls und damit BAYERs gehen: Die Schule liege doch 100 Meter abseits der Deponie...

Noch während der Landtagsdebatte am 20. Februar 1992 erklärte der SPD-Abgeordnete Ludgerus Hovest zum Thema, daß »das Malen von Horrorgemälden nicht weiterhilft«. Damit antwortete er auf einen Antrag der GRÜNEN-Landtagsabgeordneten und BAYER-Betriebsrätin Marianne Hürten, in dem diese forderte, daß die Altlast Döhnnau zur Landessache gemacht werden solle. Die Stadt Leverkusen sei allein nicht in der Lage, klare Entscheidungen zu treffen. Offenbar sei der Einfluß des Konzerns auf die Stadt zu groß. Marianne Hürten weiter: »Nur so ist es zu erklären, daß es immer wieder zu Verschleppungen von Entscheidungen kam, zu Verschleierungen und Verharmlosungen, daß Empfehlungen von Gutachtern nicht umgesetzt wurden...« Schon 1988 hatten Gutachter die Verlegung der Schule empfohlen, seit 1989 liegen Vorschläge zur Absiche-

rung der Deponie auf dem Tisch. Und eben auch eine Zusicherung von BAYER, die der damalige Werksleiter Dr. Rosahl im Fernsehen ausgesprochen hatte. Allerdings wurde Rosahl kurze Zeit später früh pensioniert.

An dieses BAYER-Versprechen erinnert auch der FDP-Abgeordnete Kuhl im Rahmen der Landtagsdebatte. Zugleich berichtet er, daß er entweder bei BAYER überhaupt keine Auskünfte bekommen habe oder nur unter vier Augen. Und diese Auskünfte hätten ihn davon überzeugt, daß in der Döhnnau Gefahren laueren, vom selben Ausmaß oder gar noch größer als in Bitterfeld. In ihrem Umweltbericht 1991 vom 18.2.1992 war die Stadt Leverkusen noch zu dem Ergebnis gekommen, daß »eine akute Gefährdung für Menschen nicht besteht, eine chronische Gefährdung jedoch nicht ausgeschlossen werden kann.«

In Bitterfeld will BAYER 645 Millionen DM investieren. In den fünf neuen Konzern-Betrieben sollen schon bald Kleister, »umweltverträgliche« Lacke, Haut- und Körperpflegemittel sowie Medikamente produziert werden. 645 neue Arbeitsplätze sollen angeblich entstehen. Der Bau auf dem aus Steuergeldern sanierten Grundstück in der Nähe eines Naturschutzgebiets soll demnächst beginnen. Der BAYER-Mann in Bitterfeld, Helmut Lehmann, hat das für seinen Konzern erreicht. Die Treuhandanstalt sicherte BAYER in einer Absichtserklärung ein altlastenfreies, voll erschlossenes Grundstück für schätzungsweise 20 DM pro Quadratmeter zu, ein Schleuderpreis geradezu.

Jetzt drängt BAYER auf den raschen Bau eines Klärwerks (Kosten für das Land Sachsen: 350 Millionen DM), das die Industrieabwässer auffangen und reinigen soll. Konzern-Forderung: Das Klärwerk soll bis zum Produktionsbeginn 1994 fertig sein. Sonst werde BAYER seine Chemieabwässer ungeklärt in das sog. Spittelwasser einleiten, auch wenn Grenzwerte über-

Fortsetzung von Seite 16

BAYER hatte die Erarbeitung von GLUCOBAY, das im Nutzen und Nebenwirkungen international von Anfang an verufen war, mit Nachdruck betrieben. Selbst ein Forschungsverbot wegen des Verdachts der Krebsgefahr, ausgesprochen von der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde, konnte das Unternehmen in Deutschland nicht davon abhalten, GLUCOBAY durchzusetzen. Einen allenfalls schwachen Trost findet da das kritische Berliner ARZNEI-TELEGRAMM, wenn es feststellt: »In den meisten Fällen erledigen sich die Unverträglichkeiten... ohne Zutun, weil der Zuckerkrankes das windige Präparat von sich aus absetzt.«

Hubert Ostendorf

schritten werden. Mit dem Spittelwasser würde das Gift dann ins Fließchen Mulde fließen. Dieser Wasserlauf bildet eine einmalige Auenlandschaft und ist Naturschutzgebiet. Für dieses geplante Umweltverbrechen verlangt BAYER sogar eine Sondergenehmigung von der sächsischen Regierung. Und für den Fall, daß bis dahin strenge Abwassernormen auch für BAYER gelten sollten – möglicher-

weise auf Druck der Umweltbewegung – , will der reiche Chemiekonzern obendrein eine dicke finanzielle Entschädigung vom Land haben.

Um die Haftung zu minimieren, hat BAYER in die Trickkiste des Gesellschaftsrechts gegriffen. Der Bitterfelder Betrieb wird formell der Obhut des Konzerns angegliedert und als GmbH installiert. In einer GmbH haften die Gesellschafter lediglich mit ih-

rem eingebrachten Kapital. Auf diese Weise löst sich das AG-Vermögen bei Haftungsansprüchen Dritter ausklammern.

Übrigens: Wenn es heißt, BAYER investiert 645 Millionen DM in Bitterfeld – immer daran denken: Ein gutes Drittel davon bekommt der Konzern vom Staat, das heißt von uns SteuerzahlerInnen, zurück. ● rs

Tierquälerei = »Ökobiologie«?

Von Bluthochdruck-Ratten und Alzheimer-Mäusen

Die Tierversuchspraktiken gehören bei BAYER zu den bestgehüteten Geheimnissen. Schließlich gibt es kaum ein Thema, das die Öffentlichkeit mehr auf die Barrikaden bringt. Lediglich verharmlosende Meldungen, die die Quälereien unumwunden rechtfertigen, offenbaren hier und da selbstverräterisch ein winziges Stück des Versuchsalldtags bei BAYER.

Dr. Günter Meister, als sogenannter Tierschutzbeauftragter bei BAYER hauptamtlich für alle Versuche seines Unternehmens verantwortlich, beziffert die »benötigten Versuchstiere« bei BAYER auf 270.000 pro Jahr. Rechnet man die bei den Tochterfirmen im In- und Ausland durchgeführten Studien hinzu, läßt sich diese Zahl guten Gewissens verdoppeln. Die Versuche sind keineswegs so harmlos, wie Meister gerne glauben machen will. Das deutsche Tierschutzgesetz gesteht nämlich dem Experimentator einen Ermessensspielraum über die Schmerzhaftigkeit der Versuche zu, der, wenn »der Zweck... nach dem Urteil des Leiters ... eine Betäubung« ausschließt, sehr weit ausgedehnt werden kann. Die Ethikkommissionen der Regierungspräsidenten, denen auch Tierversuchsgegner angehören, sind in der Regel nicht in der Lage, Genehmigungen zu kippen. Ihr ohnehin schlechter Stand wird zudem noch durch das Auftreten eines dubiosen Vereins mit dem klangvollen Na-

men »Tierschutz und Umwelt e.V.« desavouiert, der unverhohlen die Interessen der Pharmaindustrie wahrnimmt.

Eine neue Dimension erhalten Tierversuche durch die Kombination mit den Methoden der Gentechnik. So werden völlig neue Geschöpfe kreiert, die mitunter die Grenzen der Arten sprengen. Für Meister ein Verfahren ganz im Sinne des Tierschutzes: »Seit vielen Jahren werden kleinere Tiere wie Mäuse und Ratten speziell auf eine bestimmte Krankheit hin gezüchtet, so daß für die Experimente nicht auf dem Menschen ähnliche Tiere – wie Hunde oder Affen – zurückgegriffen werden oder der Mensch selbst zur Verfügung stehen muß.« Merke: Die Ratte leidet weniger als der Hund. Stolz berichtet Meister von den neuesten Entwicklungen: »Es ist

gelingen, Bluthochdruckratten zu züchten – Ratten, die eine Veranlagung zum Bluthochdruck besitzen, ... In jüngster Zeit ist es nun Wissenschaftlern der amerikanischen BAYER-Tochter MILES gelungen, »transgene Mäuse« zu züchten, denen mit Hilfe der Gentechnik ein Gen ins Erbgut transplantiert wurde, das eine bestimmte Krankheit, wie beispielsweise die Alzheimersche Krankheit, auslöst.« Die bislang spektakulärste Schimäre schufen Forscher der schottischen Firma PHARMACEUTICAL PROTEINS. Dort wurde einem Schaf menschliches Erbgut eingepflanzt. Das Tier erzeugt nun ein bestimmtes Enzym (AAT), das weltweit ca. 100.000 Menschen helfen soll, deren Körper nicht genug davon produziert. BAYER hat das schottische Projekt für 30 Millionen Mark gekauft und damit gegen den eigenen Grundsatz, nicht mit menschlichem Erbgut zu manipulieren, verstoßen.

Einen wesentlichen Beitrag in Sachen Bagatellisierung leistet die Sprache, die Tierquälerei als »Vivisektion« in den hehren Dienst von Wissenschaft und Forschung stellt und Tötung allgemein als »Verbrauch« kennzeichnet. Eine besondere Wortschöpfung ist einem BAYER-Autoren im »Forschungsmagazin« RESEARCH gelungen. Ein Versuch, bei dem Fische die Wirkung eines Pestizides am eigenen Leib erfahren müssen, nennt er – ganz im Sinne des derzeitigen Bio-Booms – schlichtweg »Ökobiologie«.

Hubert Osfendorf



»Ökobiologie« à la BAYER: Fische als Indikatoren. Aus: RESEARCH

BAYER bläst zum Rückzug – Arbeiter vor ungewisser Zukunft

Ende April wurde bekannt, daß BAYER seine Aktivitäten in Peru nach jahrzehntelanger Präsenz in diesem lateinamerikanischen Land drastisch reduzieren wird.

Bereits zum 30. April soll die 60prozentige Beteiligung, die der BAYER-Konzern über seine kanadische Holding BAYER FOREIGN INVESTMENTS LTD. an dem DRALON-Werk BAYER INDUSTRIAL hält, ihren Besitzer wechseln. Der Käufer soll eine Halbierung der Belegschaft von jetzt 600 auf 300 Beschäftigte zur Bedingung für sein Engagement gemacht haben. Die Belegschaft wurde von der Werkleitung über die Vorhaben nicht informiert. Die Arbeiter erfuhren aus der Presse von dem geplanten Verkauf.

Gleichzeitig plant BAYER, auch die Pestizidproduktion (Formulierung) bei BAYER PERU in Molitalia einzustellen

(zu den Hintergründen vgl. STICHWORT 1/92). Von den 24 fest angestellten Arbeitern werden nur vier weiterhin beschäftigt bleiben, um den Vertrieb fortzusetzen. Die Pestizide werden dann aus dem kolumbianischen BAYER-Werk importiert.

War zunächst als Stichtag der Einstellung der Pestizidproduktion bei BAYER PERU der 30. April genannt worden, so hat sich der Termin inzwischen auf den 30. Juni verschoben, wie der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN am 10. Mai bekannt wurde. Hintergrund für diese Entscheidung ist die zeitlich begrenzte Wiedereinführung von Beschränkungen für den Import von Insektiziden nach Peru. Die Betriebsgewerkschaft spricht von einer »Verlängerung der Agonie«.

Von den 20 weiterhin zur Entlassung anstehenden Arbeitern werden nur diejenigen eine Abfindungssumme erhalten, die deutlich über der gesetzlich vorgeschriebenen liegt, die bis zum 30. April (jetzt 30. Juni) »freiwillig« kündigen. Mit diesem Junktim versucht BAYER, die erforderliche Genehmigung des Ministeriums für die Entlassungen zu umschiffen. Die veranschlagten drei bis vier Monate bis zur Entscheidung des Ministeriums sollen die verbliebenen Arbeiter zwar weiter entlohnt werden, jedoch keinen Zutritt mehr zum Firmengelände erhalten. Der in dieser Zeit gezahlte Lohn soll von der Abfindungssumme abgezogen werden.

Die Mehrzahl der Arbeiter möchte die Entscheidung des Ministeriums abwarten. Eine neue Festanstellung in einem Betrieb zu finden, ist bei der enorm hohen Arbeitslosenrate in Peru aussichtslos. Zudem sind die Arbeiter durch die zum Teil jahrzehntelange Tätigkeit in der BAYER-Pestizidproduktion gesundheitlich so stark angegriffen, daß ihre zukünftige Erwerbstätigkeit erheblich eingeschränkt sein wird.

Der schnelle BAYER-Rückzug ist mit vielen Fragezeichen versehen. Von BAYER wird der Schritt mit der schwieri-

gen wirtschaftlichen Lage des DRALON-Werks begründet. Die Betriebsgewerkschaft hält die ökonomische Situation von BAYER INDUSTRIAL jedoch nicht für dramatisch und weist darauf hin, daß das Unternehmen trotz der Wirtschaftskrise mit einem hohen Auslastungsgrad arbeitet. Zudem seien die Produktionskapazitäten in den zurückliegenden Jahren wesentlich erweitert und erst kürzlich eine Modernisierung des Produktionsapparates vorgenommen worden.

Vollkommen ungeklärt ist das weitere Vorgehen von BAYER bezüglich der Altlasten aus der Pestizid-Formulierung bei BAYER PERU. Mit Biozid-Rückständen verseuchte Erde aus der früheren Produktionsstätte Duenas lagert auf dem jetzigen Werksgelände namens Molitalia. Der Boden mußte in Duenas drei Meter tief abgetragen werden, da das verseuchte Grundstück keinen Käufer fand. Ein umweltgerechtes Sanierungskonzept liegt offenbar nicht vor.

BAYER und der Putsch in Peru

Eine offizielle Stellungnahme war von BAYER bisher nicht zu erhalten. Die wichtigsten Unternehmerverbände Perus – ADEX, SNI und CONFIEP – stellten sich hinter Fujimoris Maßnahmen, das heißt hinter den Putsch. BAYER ist den beiden erstgenannten Organisationen angeschlossen.

Die Gewerkschaft der Arbeiter der BAYER INDUSTRIAL S.A. erklärte gegenüber der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN: »Wir erkennen, was hinter diesem Staatstreik steckt, verurteilen ihn und weisen ihn zurück. Wir sprechen uns für Veränderungen aus, die aber innerhalb des rechtlichen und verfassungsmäßigen Rahmens und ohne Diktatur stattfinden sollten.«

Einen für den 9. und 10. April geplanten Streik mußten die BAYER-Gewerkschafter bereits aus Sicherheitsgründen absagen. ● rg

Unsere aktuellen Themen im Dezember '91:

- Hafenbau und Fahrwasservertiefungen
- Schiffahrtspolitik
- Die Lage der Werften
- Leck bei Missing Links
- Waschmittel und Algenblüte
- Wem gehört die Natur?
- ICI Wilhelmshaven
- Öko-Imperialismus

Das nächste Heft erscheint Ende März '92

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit + in der Nordseeregion

Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e.V.



Ein Probeheft gibt's für 2,- DM (in Briefmarken)

Jahresabo (vier Hefen) 24,- DM inkl.

NOORDZEE

Aktionskonferenz Nordsee e.V.
Kreuzstraße 61
2800 Bremen 1
Tel. 04 21 / 7 76 75
Fax 04 21 / 7 89 31

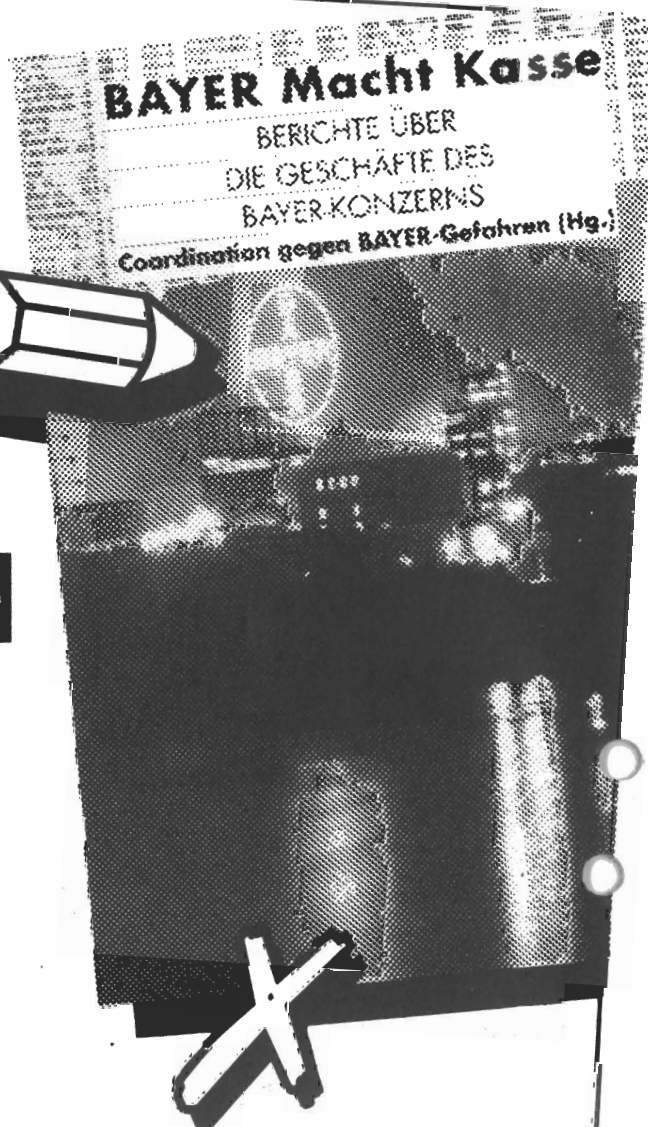
Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ileschner
Offenwerderstraße 6
2856 Sandstedt
2856 Sandstedt
Redaktions-Fax 0 47 02 / 10 90

BAYER Macht Kasse liefert unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen, ÄrztInnen, TierversuchgegnerInnen, Dritte-Welt-Engagierte, UmweltschützerInnen, BAYER-Beschäftigte und -An-

BAYER Macht Kasse

wohnerInnen, PolitikerInnen, Betriebsräte, AktionärInnen...

Coupon ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
 Hofstraße 27 a, 5650 Solingen 11, oder wenn es eilt, telefonisch bestellen (02 12) 33 49 54.



Coupon

- ☐ — Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM
 - ☐ 5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)
 - ☐ 10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)
 - ☐ 20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)
 - ☐ Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung
- Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7 % MwSt..

Name, Vorname _____

Straße, Tel.-Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich/wir besitzen
 — BAYER-Aktien und haben Interesse die Stimmrechte den "Kritischen BAYER-Aktionären" zu übertragen.



IG Chemie wortbrüchig?

In der letzten STICHWORT-Ausgabe (SWB 1/92) hatten wir von einem Erfolg für kritische GewerkschafterInnen – der IG Chemie schon lange ein Dorn im Auge – berichtet: Die Vertrauensleuteversammlung im BAYER-Werk in Wuppertal, bei deren Wahl die demokratischen Spielregeln mißachtet worden waren, hatte ihre Selbstauflösung beschlossen. In Übereinstimmung mit dem Hauptvorstand der IG Chemie sollten im ersten Quartal 1992 Neuwahlen stattfinden. Jetzt sieht es so aus, als würde die IG Chemie wortbrüchig.

Die kritischen GewerkschafterInnen berichten von Verzögerungstaktiken unter anderem durch eine vom Hauptvorstand der IG Chemie eingeleitete Satzungsänderung. Danach sollen die Satzungsbestimmungen über Wahlen innerhalb der IG Chemie nicht mehr bei der Wahl der Vertrauensleute Anwendung finden. Ein weiterer strategischer Schachzug der IG Chemie besteht darin, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Verbindung mit den betrieblichen Vertrauensleuten wählen zu lassen. Letztere wurden bei BAYER in Wuppertal

im November 1991 unter der neuen Betriebsratsmehrheit zur Freude des Konzerns wieder eingeführt, nachdem sie Ende der 70er Jahre entsprechend einem Gewerkschaftstagsbeschuß abgeschafft worden waren.

Die kritischen GewerkschafterInnen, die wegen der Wahlmanipulationen vor Gericht gegangen waren, sitzen zwar mit drei VertreterInnen als Minderheit in dem von IG-Chemie-Geschäftsführer Stroh benannten Wahlvorstand. Aber schon die Tatsache, daß Stroh dieses Gremium erst am 12. März benannte, zeigt, daß es der IG Chemie mit dem vor Gericht versprochenen Termin nicht ernst ist. Die kritischen Mitglieder stellen zu den ganzen Vorgängen fest, daß sich dadurch die Gewerkschaft im Grunde selbst das Wasser abgräbt: Monate ohne gewerkschaftliche Vertrauensleute – und das in der Tarifrunde. Dazu der Glaubwürdigkeitsverlust in der Belegschaft, verbunden mit Mitgliederschwund. Die kritischen GewerkschafterInnen dazu: »Das scheint der IG Chemie alles lieber zu sein als eine kritische und lebendige Diskussion im Betrieb und in den eigenen Basisgremien.«

rs



BRASILIEN

Erfolgreicher Widerstand

RICARDO DE ARAUJO, entlassener Gewerkschafter aus Rio de Janeiro, wurde mit Wirkung vom 3. April 1992 wieder eingestellt. Wie wir im letzten STICHWORT berichteten, wurde RICARDO Anfang Dezember letzten Jahres vom Dienst suspendiert. Die breit angelegte Solidaritätskampagne unter Beteiligung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), die die Einstellung RICARDOS forderte, hat Wirkung gezeigt.

RICARDO hat sich brieflich bei allen Menschen in Deutschland bedankt, die sich hinter ihn gestellt haben.

SERVICE

Lexikon Ökotoxikologie

Bio-Boom nun auch bei der chemischen Industrie? Keineswegs. Durch just ihre Brille gesehen erklärt der Autor die Wirkung von über 1600 Stoffen auf die Umwelt. Dem Anspruch, damit Ökotoxikologie zu betreiben, wird er allerdings kaum gerecht, wenn er etwa die oft verheerenden Folgen von Pestiziden gar nicht erst nennt und statt dessen so zweifelhafte Begriffe wie den »Integrierten Pflanzenbau«, ein Modewort der Agrarindustrie samt ihres Interessenverbandes, einführt. Dennoch: ein brauchbares Kompendium für ökologisch interessierte Fachbenutzer, die mit dem vorliegenden Buch einen guten Überblick über die Struktur chemischer Substanzen erhalten. (ho)

Bruno Streit, Lexikon Ökotoxikologie, 701 Seiten, DM 124.–

Tragen auch Sie:
Das Don't BAYER me!-T-Shirt

Haben wollen! Das Hemd zum Abo.

STICHWORT BAYER-LeserInnen wollen mehr. Sie lassen sich nicht von aalglatten Phrasen gut geölter Manager einlullen.. Sie wollen wissen, was hinter den Kulissen passiert.

STICHWORT BAYER deckt seit zehn Jahren bereits regelmäßig Fakten zur Chemie- und Umweltpolitik eines deutschen Großkonzerns auf. Aktuell, kritisch, verursacherzentriert. STICH-

WORT BAYER dokumentiert die konkrete Arbeit eines internationalen Selbsthilfe-Netzwerkes, der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. STICHWORT BAYER, der unabdingbare Informationsdienst für AnwohnerInnen, PatientInnen, TierversuchsgegnerInnen, ÄrztInnen, VerbraucherInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und allen, denen BAYER sonst noch stinkt.

Wer innerhalb der nächsten 14 Tage abonniert, nimmt an der Verlosung von 20 T-Shirts mit unserem kessen "Don't BAYER me!"-Spruch teil. Benutzen Sie bitte nachstehenden Coupon. Und: Vergessen Sie nicht Ihre Kleidungsgröße anzugeben (groß, mittel,

klein). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Das Don't BAYER me!-T-Shirt.
Bekenntnis zu mehr Umweltschutz
und sicheren Arbeitsplätzen bei
BAYER. Ärgernis für Konzern-
manager. In drei Größen – groß, mit-
tel, klein – erhältlich.
Bitte Kleidsgröße angeben.

Das Don't BAYER me!-Shirt kann für 28,00 DM zzgl. 6,00 Porto/Verpackung direkt bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bestellt werden. Postkarte genügt.

JA

Ich/wir möchte/n das **STICHWORT...** abonnieren.
Und zwar (bitte ankreuzen) als:

- ☐ Einzelabonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **48,00 DM** im Jahr.
- ☐ Doppel-Abonnement (2 Exemplare pro Ausgabe) für **70,00 DM** im Jahr.
- ☐ Gruppen-Abonnement (5 Exemplare pro Ausgabe) für **130,00 DM** im Jahr.
- ☐ Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. für **100,00 DM** im Jahr.
- ☐ Doppel-Abonnement für Journalisten, Institutionen u.a. (2 Exemplare pro Ausgabe) für **170,00 DM** im Jahr.
- ☐ Auslandsabonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **75,00 DM** im Jahr.
- ☐ Förder-Abonnement (Selbsteinstufung, mindestens **100,00 DM**) für _____ **DM** im Jahr.
- ☐ Ermäßigtes Abonnement (1 Exemplar pro Ausgabe) für **30,00 DM** im Jahr.

Ich weiß, daß ich das Abonnement von **STICHWORT...** innerhalb von 7 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an **CBG, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11**. Dies bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

NAME, VORNAME:

PLZ, ORT:

STRASSE:

DATUM, UNTERSCHRIFT:

NEIN

Ich/wir abonniere/n das **STICHWORT...** nicht, weil ich/wir aktives Mitglied der **Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V. (CBG)** werden möchte/n und der Bezug von **STICHWORT...** im Mitgliedsbeitrag enthalten ist.

- ☐ Einzelmitgliedschaft **120,00 DM** im Jahr.
- ☐ Gruppenmitgliedschaft
 - ☐ bis 100 Mitglieder **180,00 DM** im Jahr.
 - ☐ über 100 Mitglieder **300,00 DM** im Jahr.
- ☐ Partnermitgliedschaft **140,00 DM** im Jahr.
- ☐ Ermäßigte Einzelmitgliedschaft (auf Antrag) **60,00 DM** im Jahr.
- ☐ Fördermitgliedschaft (Selbsteinstufung, mindestens **150,00 DM**)

_____ **DM** im Jahr.

ABER

Ich will/wir wollen das Don't BAYER me!-Shirt zum Preis von **28,00 DM** zzgl. **6,00 DM** Porto/Verpackung haben. Deshalb bestelle/n ich/wir:

Shirts groß à **28,00 DM**

Shirts mittel à **28,00 DM**

Shirts klein à **28,00 DM**

zusätzlich Porto und Verpackung **6,00**

Gesamtbetrag _____

Ein Verrechnungsscheck über _____

_____ **DM** liegt bei.

TELEFON: _____